

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 1. Oktober 1930.

Amerika und der 14. September.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

SPD. New York, im September (Eig. Berz.)

Wohl keine europäische Wahl der letzten dreissig Jahre ist in Amerika mit stärkerer Anteilnahme verfolgt worden als die Reichstagswahl des 14. September. Nicht einmal den Wahlen zur Nationalversammlung, als es um Sein und Nichtsein der deutschen Republik ging, ist nach dem Urteil erfahrener Beobachter eine derartige Aufmerksamkeit gezollt worden, die sich unterschiedslos auf alle Kreise der amerikanischen öffentlichen Meinung ausdehnte. Weltblätter schrien am Morgen des 15. September mit riesigen Schlagzeilen die Ergebnisse des deutschen Wahlkampfes in die Öffentlichkeit hinaus, die amerikanischen Pressevertreter in Deutschland hielten ihre Blätter auf telegraphischen und Radiowege in einer Ausführlichkeit auf dem Laufenden, die selbst in Amerika als ungewöhnlich bezeichnet werden muss. Kurzum, in einem frisch hineingeschnittenen Besucher musste die Meinung aufkommen, als würden keine deutsche, sondern amerikanische Wahlen ausgefochten.

Die Gründe dieses ungewöhnlichen Interesses liegen auf der Hand. Mit einer Klarheit, die dem politischen Verständnis der amerikanischen Presse alle Ehre macht, war man sich bewusst, dass es sich bei den Septemberwahlen um Dinge handelte, die den amerikanischen Bürger und die amerikanische Wirtschaftsbasis unmittelbar angingen. Amerikanische Geldanlagen in Deutschland, die heute in die Milliarden gehen, haben sich im Laufe der letzten Jahre mehr als verfünffacht. Die Wirtschaftsfäden zwischen den beiden Ländern sind unauflösbar miteinander verwoben. Jede Erschütterung der öffentlichen Ordnung Deutschlands, jedes politische Vabanquespiel ist für die herrschende Klasse Amerikas und damit für jeden Amerikaner genau so wichtig wie für den unmittelbar davon betroffenen deutschen Bürger.

Nun darf natürlich nicht gefolgert werden, dass sich das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit in erster Linie auf rein innerdeutsche Fragen bezieht. Unterhaltungen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten aller Schattierungen fördern als massgebende Grundnote immer wieder zu Tage, dass die amerikanische Nation ausschliesslich am Youngplane und den Rückwirkungen der Reichstagswahlen auf dessen Abwicklung interessiert ist und sich einzig von diesen Gesichtspunkten in der Beurteilung der künftigen Lage Deutschlands leiten lassen wird. Ein interessantes Schlaglicht dieser Einstellung bietet die liberale Wochenschrift "The New Republic", die den deutschen Wahlausfall fast alleinig unter dem internationalen Gesichtswinkel des Youngplanes diskutiert und ihren Lesern bereits die politischen und wirtschaftlichen Komplikationen aufzeigt, die sich aus einer Gefährdung der Reparationsvereinbarungen für Amerika und Europa ergeben würden.

Ganz soweit sind wir ja noch nicht und in massgebenden Wirtschaftskreisen gibt man sich im gegenwärtigen Stadium der Dinge auch keineswegs Befürchtungen über eine akute Bedrohung des Youngplanes hin. Die erste Aufregung über die

Wahlsiege der extremen Gruppen ist rasch kühler Überlegung gewichen, die sich vielleicht am besten auf die etwas variierte Nelson-Formel bringen lässt: "Amerika erwartet, dass jedermann in Deutschland seine demokratische Pflicht tut". In diesem Zusammenhange kommt der Einstellung Amerikas gegenüber den deutschen Parteien besondere Bedeutung zu, die auch in Deutschland zu denken geben sollte. Bis auf gelegentliches hysterisches Geschrei ist der kommunistische Mandatszuwachs mit grosser Skepsis aufgenommen worden, da man sich hierzulande nur zu gut über die organisatorische Schwäche der kommunistischen Bewegung Deutschlands klar ist und den aufgeregten Kriegstänzen der kommunistischen Wahlindianer eine nur vorübergehende, durch die schlechte Wirtschaftslage Deutschlands bedingte Bedeutung beimisst. Anders wird der Erfolg der Hitlerianer gewertet, von denen eine unmittelbare Bedrohung der politischen Stabilität Deutschlands und eine Steigerung der schon unnatürlich hochgehenden nationalistischen Instinkte weiter deutscher Kreise befürchtet wird. Darüber hinaus wird die Zunahme der Spannung in Europa mit Sorge betrachtet und in der Annäherung der nationalfaschistischen Elemente in den verschiedenen Ländern Europas ein unmittelbarer Gefahrenherd für den Weltfrieden gesehen. Diese Betrachtungsweise führt gradlinig zur Sozialdemokratie, deren Gesichtspunkte und Einstellung hierzulande unter einem Winkel betrachtet werden, den man sich bei aller Hitze des Gefechts auch im deutschen Wahlkampfe hätte wünschen können. Von rechts bis links wird in der verantwortlichen amerikanischen Presse die Sozialdemokratie als der Faktor der deutschen Öffentlichkeit bezeichnet. Bei aller prinzipiellen Gegnerschaft für die Ziele und Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie ist man sich deutlich bewusst, dass nur eine geschlossene Arbeiterbewegung die Welle des deutschen Nationalismus dämmen und eine ruhige Entwicklung sicherstellen kann.

Amerika hält Augen und Ohren offen. Noch ist der Eindruck der Wahlen und des Hitler'schen Kampfrufes "Schnallt die Helme fester" nicht verhallt, und schon lässt sich deutlich erkennen, mit welcher gemischten Gefühlen die Möglichkeit eines rechts-reaktionären Regierungsblocks und die Einbeziehung der Hitleriten in die Reichsregierung betrachtet wird. Ganz Deutschland muss sich bewusst sein, dass ein derartiger Kurs die schlimmsten Nachwirkungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zeitigen muss, soweit eben Amerika und amerikanisches Vertrauen in Deutschland in Frage kommt. Es ist nun einmal so, dass bei der heutigen Überempfindlichkeit des modernen Wirtschaftssystems und der überragenden amerikanischen Machtfülle amerikanische Rückwirkungen nicht einmal im entferntesten Balkanwinkel übergangen werden können.

SPD. Der Reichskanzler hat die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und Otto Wels für Donnerstag zu einer Besprechung über die politische Lage eingeladen.

SPD. Dresden, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Rechtsparteien des sächsischen Landtages befassten sich am Mittwoch wieder einmal mit der Frage der Regierungsbildung. Die Wirtschaftspartei legte ein Programm vor, in dem u.a. verlangt wird, dass Regiebetriebe und andere in das Aufgabengebiet der Wirtschaft eingreifende Einrichtungen des Staates und der Gemeinden planmässig abgebaut werden. Der Wohnungsmarkt soll durch Entlastung und Selbstbestimmung zu einem wertvollen Auftraggeber für die Wirtschaft gestaltet werden. Ferner ist nach dem Programm beabsichtigt, die Ministergehälter, die Gehälter der Bürgermeister und die Gehälter der leitenden Angestellten in Staatsbetrieben herabzusetzen und die Wohlfahrtslasten der Gemeinden mit einer nur die Erwerbstätigen treffenden Steuer zu verkoppeln.

Schliesslich wird noch gefordert, dass alle sachlich einer Beamtenstellung nicht gewachsenen Beamten aus der Verwaltung entfernt werden. Die Wirtschaftspartei verfolgt damit offensichtlich das Ziel, alle aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Beamte zu beseitigen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden nach nur einstündiger Besprechung auf Freitag vertagt.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Prüfung der Misswirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung beschäftigte sich am Mittwoch mit den Wohltätigkeitsfonds des Oberbürgermeisters Dr. Böss. Der hierzu als Zeuge geladene Oberbürgermeister war nicht erschienen. Er soll am Donnerstag vernommen werden.

Die Vernehmung der Zeugen Magistratsdirektor Schulze, der seit 3 Jahren pensioniert ist, und Dr. Eger, Leiter der Berliner Festspielwoche, ergab nichts was darauf hindeuten könnte, dass die Fonds nicht einwandfrei verwaltet worden sind. Jedenfalls ging aus den Bekundungen klar hervor, dass diese keine städtischen Fonds waren, sondern zur freien Verfügung des Oberbürgermeisters standen, der daraus Arme, verschämte Arme und Künstler, die sich in bedrängter Lage befanden, unterstützte. Magistratsdirektor Schulze hob dabei besonders hervor, dass auch Organisationen, und zwar ohne Unterschied der politischen Einstellung, wie der Vaterländische Frauenverein, Zugscharen und Kinderrettungsvereine, Mittel erhalten haben. Der Oberbürgermeister habe auf Grund seiner Beziehungen überall Gelder gesammelt und gegeben, wo Not vorhanden war. In dieser Hinsicht habe er eine gewisse Ähnlichkeit mit Wilhelm II., dem man nachsage, dass er noch in weit grösserem Masstabe Gelder locker gemacht hat, sodass ihm der Ruf voraus ging, vor ihm die Taschen zuzuknöpfen.

Auf Anfrage musste allerdings der Vertreter des Oberpräsidenten zugeben, dass in der Untersuchung dieser Angelegenheit vor der Aufsichtsinstanz beanstandet worden ist, dass Gelder von Lieferfirmen der Stadt für solche Fonds in Empfang genommen worden sind, die in ihren Schreiben unzweideutig haben erkennen lassen, dass sie dafür Aufträge erwarten.

Ungeklärt ist vorläufig noch, warum auf Anweisung des Oberbürgermeisters der Gärtnereibesitzer Clas aus dem Festspielfond ein Darlehn von 10 000 Mark erhalten hat, das jetzt in Raten zurückgezahlt wird. Der Darlehnsempfänger konnte jedenfalls als Zeuge darüber nichts aussagen. Er erklärte jedoch, dass er durch die öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit im Ausschuss geschäftlich ruiniert worden ist, und dass er sich vorbehalte, gegen den Ausschuss Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Auch die bis jetzt durch Zeugenaussagen erörterten Grundstückskäufe der Berliner Verkehrsgesellschaft zum Zwecke der Untergrundbahnbauten ergaben nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine Misswirtschaft. Es scheint jedenfalls fest zustehen, dass die freihändigen Käufe von Grundstücken auch in den viel umstrittenen Schlichtungsverfahren für die Gesellschaft bzw. für die Stadt viel billiger waren als Enteignungsverfahren mit nachfolgender richterlicher Entscheidung. Das ging aus der Aussage des deutschnationalen früheren Stadtbaurats Zangemeister (jetzt Direktor der B.V.G.), klar hervor. Wenn aber die bekannte Firma Loeser & Wolff vor der Enteignung einen langfristigen Mietsvertrag abschliesst und jetzt für die Ablösung desselben noch einen Millionenanspruch an die B.V.G. herleitet, so kann man wohl nicht gut von einer Misswirtschaft der Stadt sprechen. Der Zeuge Zangemeister hält den zwei Tage vor der Enteignung abgeschlossenen Mietsvertrag nicht mit Unrecht für einen Scheinvertrag. Die Klage darüber schwebt noch. Hier kann man wohl mit viel grösserem Recht von einer typischen Misswirtschaft des kapitalistischen Systems sprechen.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Als erster Zeuge wird Oberbürgermeister Dr. Böss vernommen.

SPD. Braunschweig, 1.Okt. (Eig.Dr.)

Der Braunschweigische Landtag wählte am Mittwoch mit 20 Stimmen der vereinigten Nazis und Bürgerblöcker den Kieler Amtsgerichtsrat Dr. Franzen (Nats.) zum Kultus- und Innenminister und den deutschnationalen Regierungsrat Dr. Kuchenthal zum Finanzminister. Die Sozialdemokratie stimmte für Dr. Jasper, den bisherigen Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums. Der einzige Staatsparteierteil enthielt sich der Stimme. Er erklärte, die Naziregierung auf dem Wege ihrer Sparmassnahmen unterstützen und nur nach seinem Gewissen handeln zu wollen. Ähnliche Handlangerdienste für die Reaktion leisteten die beiden Kommunisten, die ihre Stimmen verzettelten.

SPD. Der oppositionelle Berliner "Nationale Sozialist", der bisher täglich erschien, wird aus finanziellen Gründen in Zukunft nur noch einmal wöchentlich erscheinen. Dagegen wird der "Angriff" des "abgefeimten Lügners" Goebbels statt bisher einmal in der Woche in Zukunft täglich herausgegeben werden.

Die Leitung der Nazi-Fraktion des Reichstags wird nicht, wie Hitler anfänglich dekretiert hatte, Goebbels sondern der Putschist Dr. Frick übernehmen.

SPD. Dessau, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die zuständigen Instanzen der Sozialdemokratischen Partei in Anhalt haben beschlossen, im anhaltischen Landtag einen Antrag einzubringen, nach dem ausser den schon im Etat enthaltenen 100 000 Mark an Beihilfen für Klein- und Sozialrentner weitere 100 000 Mark Beihilfen für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein weiterer Antrag hat den Abbau der höheren Beamtgehälter in Land und Gemeinden zum Ziel.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, haben die zuständigen sozialdemokratischen Instanzen Anhalts ferner beschlossen, der Arbeiterwohlfahrt einen Landesnotfond zur Verfügung zu stellen. Als Grundstock dazu dient die Kasse der sozialdemokratischen Fraktion des anhaltischen Landtags. Aus dem Landesnotfond sollen in Not befindliche Sozialdemokraten unterstützt werden. Zu dem Fond leisten monatliche Beiträge: die sozialdemokratischen Abgeordneten, die bis auf weiteres auf 50 Prozent ihrer Diäten verzichten, und die höheren sozialdemokratischen Beamten, die einen Teil ihres Gehaltes zur Verfügung stellen. Auch die besser gestellten Angestellten der Arbeiterbewegung werden zugunsten des Fonds auf einen Teil ihres Einkommens verzichten.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: "Während des Wahlkampfes hatte der nationalsozialistische Agitator Dipl. Ing. Feder in einer Versammlung in Kassel die Reichs- und die Preussische Staatsregierung durch Beschimpfungen beleidigt und bei Auflösung der Versammlung Widerstand geleistet. Die Staatsanwaltschaft in Kassel hat nunmehr gegen ihn Anklage wegen Vergehens gegen § 5 Abs. 1 Ziff. 1 des Republiksschutzgesetzes und wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt erhoben.

SPD. Leipzig, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Leipziger Reichswehrprozess beantragte der Oberreichsanwalt am Mittwoch für jeden der Angeklagten je 2 Jahre 6 Monate Festungshaft und für Scheringer noch 2 weitere Monate wegen des aus der Haft für den "Völkischen Beobachter" geschriebenen Artikels. Scheringers Strafe soll auf insgesamt 2 Jahre 7 Monate zusammengezogen werden. "Sollte das Gericht bei der Urteilsverkündung

so heisst es in dem Antrag des Oberreichsanwalts weiter - entscheidenden Wert auf die Bekundungen Hitlers hinsichtlich der Legalität der Ziele der NSDAP legen, so beantrage ich evtl. Vertagung, Heranziehung der Gegendenkschrift des Reichsinnenministeriums als Prozessgegenstand sowie Vernehmung sämtlicher in dieser Denkschrift genannten Autoren."

In seinem Plädoyer führte der Oberreichsanwalt u.a. aus :

"Ich halte die Angeklagten der Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens im Sinne der Anklage für schuldig, wenn ich auch Verständnis für die Konflikte habe, in denen sich die Angeklagten in der Tat befanden. Die Angeklagten haben gesagt, es fehle dem Heere an einem Programm. Der Artikel über die Berufspflichten der Soldaten, in dem es heisst, dass es die Pflicht des Soldaten sei, das Vaterland und die Verfassung zu schützen - ist das kein Programm? Es ist nicht wahr, dass das Heer nur eine Polizeitruppe sei. Aber die Angeklagten wollten von dem Heeresprogramm eben nur die Durchführung des Befreiungskampfes gelten lassen und sonst nichts weiter. Die Angeklagten behaupten, sich im Leben umgetan zu haben. Haben sie nicht bemerkt, dass die Reichsregierung seit Jahren den Befreiungskampf führt? Wissen sie nichts von der Niederwerfung der Separatistenbewegung, nichts von der Ruhräumung, nichts von der Räumung der Rheinlandzone? Es ist leicht zu sagen, man wird Verträge brechen und die Fesseln zerreißen, wenn man nicht in die Gefahr kommen kann, sie zu diesem Zwecke vorgelegt zu erhalten. Es ist leicht, einen Knoten zu durchhauen und viel schwerer, ein verworrenes Gewebe von Verträgen zu entwirren und aufzuknüpfen. Ich fürchte sehr, dass der Untergang des deutschen Volkes besiegelt wäre, wollte es sich unter Führung der Angeklagten in einen Befreiungskampf stürzen, wie sie ihn auffassen. Wenn es dem deutschen Volke gelungen sein wird, wieder mit den anderen Staaten vollkommen gleich behandelt zu werden, dürfte das deutsche Heer im übrigen sowieso grösser sein als heute, und in diesem Heer würden die heutigen Angehörigen der Wehrmacht Führerstellung haben.

Noch ein anderer Gesichtspunkt ist den Angeklagten entgegenzuhalten: Wenn es ein Feind wagen sollte, die Grenzen des deutschen Vaterlandes anzugreifen, dann würden sich endlose waffenfähige Männer zusammenscharen, um die Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen; offenbar sind die Angeklagten politisch beeinflusst gewesen. Ich kann nicht glauben, dass die Absicht der Angeklagten nur dahin gerichtet gewesen sei, einen Appell der jüngeren an die älteren Offiziere vorzubereiten. Von diesem Appell haben die Angeklagten den von ihnen auf ihren Reisen besuchten Leutnants nichts gesagt. Was die Angeklagten wirklich beseelte, sollte vorläufig vor den Vorgesetzten geheim gehalten werden. Bei harmloseren Zielen hätte zu einer solchen Geheimhaltung keinerlei Veranlassung bestanden. Die Angeklagten wollten aktiv in die Politik eingreifen und hofften hierbei auf die Unterstützung von nationalsozialistischen Kreisen in München. Was im einzelnen in München besprochen worden ist, hat sich nicht voll aufklären lassen, weil sich beide Teile nicht mehr genügend erinnern wollen. Jedenfalls steht fest, dass die Angeklagten nicht in der Überzeugung von München geschieden sind, dass die Herren von der Reichsleitung der NSDAP unter allen Umständen die Gewaltanwendung zur Erreichung ihrer Ziele ablehnen würden und dass sie gegen jede Verbindung mit der Reichswehr eingestellt wären. Die Angeklagten wussten, dass der oberste Parteiführer schon einmal einen Gewaltstreik unternommen hatte. Sie mögen der Auffassung gewesen sein, dass er einen Gewaltstreik auch ein zweites Mal unternehmen könnte. Sie haben damals nicht gewusst, dass er zu seiner Gewaltsanwendung im Jahre 1923 nach seiner hier gemachten Aussage nur durch einen inneren Zwang getrieben worden ist. Es ist den Angeklagten zuzutrauen, dass sie sich für Manns genug gehalten haben, zum zweiten Male eine solche Zwangslage mit herbeiführen zu helfen, die sich über den Willen des Parteiführers hinwegzusetzen in der Lage ist. Da die Angeklagten den Befreiungskampf der Reichsregierung nicht als Befreiungskampf gelten lassen wollen, werden sie auch der

Meinung gewesen sein, dass die legale Kampfmethode der Nationalsozialistischen Partei zur Durchsetzung ihrer Idee dieser Partei nicht zum Enderfolg führen könne. Da Hitler noch nichts ausgesagt hatte, konnten die Angeklagten nicht wissen, dass das Wort "Revolution" bei den Nationalsozialisten nur "Evolution" bzw. "Reformation" bedeutet. Von dem Wort "Köpfe in den Sand rollen" konnten die Angeklagten auch nicht wissen, dass es sich da nur um Todesurteile von gesetzmässig urteilenden Gerichten handelt. Als die Angeklagten diese und ähnliche Worte lasen, hatte der Parteiführer ja noch nicht ausgesagt. Dass die Angeklagten nicht geglaubt haben, dass die NSDAP eine Verbindung mit der Reichswehr ablehne, ergibt sich auch aus den Ergebnissen der Beweiserhebung im einzelnen."

SPD. Der Preussische Lehrerverein wendet sich in einer Entschliessung gegen die Sparpläne des preussischen Finanzministers für die preussische Unterrichtsverwaltung, die sich auf insgesamt 51,7 Millionen Mark beziffern sollen. In der Entschliessung heisst es u.a.:

"Bei voller Anerkennung der wirtschaftlichen Notlage des Landes und des Zwanges zur Sparsamkeit auf allen Gebieten lehnt es der Preussische Lehrerverband mit Entschiedenheit ab, dass mehr als die Hälfte des Gesamtprogramms der Sparmassnahmen allein von der Unterrichtsverwaltung durchgeführt werden soll. Eine schematische Übertragung des Grundsatzes, nach der Höhe des Zuschussbedarfs der einzelnen Verwaltung ihren Anteil am Sparprogramm festzusetzen, lässt ausseracht, dass die Unterrichtsverwaltung notwendigerweise eine Zuschussverwaltung sein muss und dass Ausgaben für Bildungszwecke werbendes Kapital sind. Die Rücksicht auf die kultur- und wirtschaftspolitischen Erfordernisse, insbesondere aber die Interessen unserer volksstaatlichen Gemeinschaft, verbieten eine Einschränkung der Volksbildung. Vielmehr verlangt der Volksstaat einen weitgehenden inneren und äusseren Ausbau unseres Volksschulwesens. Es muss durch eine umfassende Neuorganisation des gesamten Schulwesens das bisherige kostspielige Neben- und Durcheinander im Schulaufbau beseitigt werden."

"Die vom Finanzminister geforderte Erhöhung der Besuchsdurchschnittsziffer der Volksschule ist aus pädagogischen und hygienischen Gründen zu verwerfen. Die vom Finanzministerium als Unterlage und zur Begründung benutzten Besetzungsziffern entsprechen nicht der Wirklichkeit. Es trifft auch nicht zu, dass ein bevorstehender Lehrermangel die Sparvorschläge rechtfertigt. Noch heute warten in Preussen annähernd 15 000 Junglehrer auf Überführung in die planmässige Schularbeit; ein weiterer Abbau würde das Heer der Arbeitslosen erheblich vermehren."

SPD. Frankfurt/M., 1. Oktober (Eig. Dr.)

Der Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen und die angrenzenden Gebiete hat das Kollektivabkommen für die Metallindustrie zum 31. Dezember gekündigt. Abänderungsvorschläge zu den bisherigen Abkommen sollen den Gewerkschaften demnächst mitgeteilt werden. Hauptsächlich werden die Metallindustrien in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Hanau von der Kündigung betroffen.

SPD. München, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei lässt zum Programm der Regierung Brüning ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erklären. Diese Bereitwilligkeit bedeute aber keineswegs eine Festlegung auf die Einzelheiten der Vorschläge.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt weiter: "Es soll schon heute kein Hehl daraus gemacht werden, dass vom Standpunkt der Bayerischen Volkspartei aus gegen Einzelvorschläge der Reichsregierung sehr schwere Bedenken erhoben werden müssen. Das Programm der Reichsregierung wird vor allem daraufhin genau zu prüfen sein, ob es nicht ein Programm auf Kosten der Länder ist. Es wäre ein widersinniges Unterfangen, die Reichsfinanzen sanieren zu wollen, indem man die Länderfinanzen dem Untergang ausliefert. Alle derartigen Massnahmen stossen auf den grundsätzlichen Widerstand der Bayerischen Volkspartei."

SPD. Der Abgeordnete der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, Ladendorff, hat kürzlich unter Hinweis auf den Ausgang der Reichstagswahlen die Auflösung des Preussischen Landtags gefordert. Jetzt lässt die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags mitteilen, dass sie für den Antrag Ladendorff stimmen wird und sie im Landtag folgenden Zusatzantrag einbringen werde:

"Gleichzeitig werden sämtliche Provinzial-Landtage, Kreistage, Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeindevertretungen aufgelöst und an einem gemeinsamen Wahltage mit dem Landtag neu gewählt."

Diese Demagogen! Solange die Deutsche Volkspartei sich nicht offiziell gegen die Auflösung des Landtags ausgesprochen hatte, war man im deutschnationalen Lager von dem Antrag Ladendorff alles andere als entzückt. Jetzt steht fest, dass ausser Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten auch die Deutsche Volkspartei gegen den Auflösungsantrag stimmen wird und er infolgedessen mit grosser Mehrheit abgelehnt werden dürfte. Jetzt ist die Deutschnationale Volkspartei auf einmal begeistert für die Auflösung des Landtags. Jetzt, wo ihr nichts mehr passieren kann und sie zunächst noch vor dem Schicksal, das ihre Reichstagsfraktion am 14. September erlitten hat, bewahrt bleibt. Und weil dem so ist, weil man weiss, dass vorläufig in Preussen nicht gewählt wird, übertrumpft man zugleich Herrn Ladendorff indem man auch noch Neuwahlen zu dem Gemeindeparlament verlangt, ... Demagogen!

SPD. München, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einem Interview mit einem Vertreter der römischen Zeitung "Gazetta di Popolo" hat Hitler seinerseits dem Faschismus seine Liebeserklärungen gemacht und dabei in höchst eindeutiger Weise Mussolini die völlige Preisgabe des deutschen Südtirols angeboten. Voll Empörung über diesen Verrat schreibt dazu das grösste bürgerliche Blatt Tirols, der christlichsoziale Tiroler Anzeiger, der auch mit der Heimwehr der Steidle-Richtung verbunden ist:

"Herr Hitler will das nationale, das "Dritte Reich" schaffen. Aber an die Schwelle des "Dritten Reiches" setzt er den schmählichsten Verrat, den Verrat an dem deutschen Südtirol. 200 000 deutsche Volksgenossen, die durch die Friedensverträge zur Zugehörigkeit an Italien verdammt und durch den Faschismus zur Unterdrückung der wichtigsten Lebensregungen ihres Volkstums verurteilt wurden, gelten dem Mann des "erwachenden Deutschland" weniger als das falsche heuchlerische Schmeicheln des Unterdrückers. Die kulturelle Unterdrückung Südtirols hat seit dem Frühjahr dieses Jahres, also seit dem Abschluss des Freundschaftsvertrages Italiens mit Österreich, nicht die geringste Milderung erfahren. Kaum hat Mussolini in seinem Befehlsblatt aber den

Nationalsozialisten um den Bart gestrichen, da meldet sich auch schon der Lautsprecher von München, um aus Dankbarkeit für eine schöne Phrase dem Duce die deutschen Südtiroler als Brandopfer anzubieten. In Herrn Hitler hat Mussolini den richtigen Mann gefunden, der sich in der Aussenpolitik ausschliesslich auf die Illusion verlässt und der darum imstande ist, als Trommler für Italiens Interessen seine eigenen Landsleute preiszugeben."

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Anschluss an die Sonntagsrede Tardieus in Alencon kündigt am Mittwoch der französische Landwirtschaftsminister David im "Intransigeant" die Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle an. Zur Begründung führt er aus, dass in Frankreich die landwirtschaftliche Produktion die der Industrie bei weitem überschreite und deshalb der Ausweg aus der Wirtschaftskrise, die sich in Frankreich mehr und mehr fühlbar mache, nur von landwirtschaftlicher Seite her gefunden werden könne.

Sehr interessant sind die Ziffern, die David zum Vergleich der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion anführt. Danach werden in Frankreich für 100 Milliarden landwirtschaftliche Produkte erzeugt, was weit mehr als die Hälfte der französischen Produktion überhaupt darstellt, Der Wert des Getreides allein beträgt 15 Milliarden, während die ganze Schwerindustrie nur auf eine Produktionsziffer von zehn Milliarden kommt. Milchprodukte werden für 15 Milliarden hergestellt, während die gesamte französische Automobilindustrie es kaum auf sechs Milliarden bringt.

Trotz dieser interessanten Ziffern, fährt der Minister fort, sei nicht zu leugnen, dass sich die französische Landwirtschaft in einer schweren Krise befindet. Um ihr entgegenzutreten, müsse die Landwirtschaft die gleichen Schutzzölle erhalten, wie sie die französischen Industrieprodukte geniessen. Ferner müsse mit aller Energie dem russischen Dumping entgegengetreten werden, das bereits die Wirtschaftswelt revolutioniere. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte, die weit hinter denen für Industrieerzeugnisse zurückgeblieben seien, müssten in aller nächster Zeit auf rentabler Höhe stabilisiert werden, und damit, schliesst der Minister, wäre ein grosser Schritt zur Gesundung der notleidenden Wirtschaft getan.

SPD. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien über das Arbeitsprogramm der Regierung, die eigentlich bereits am Mittwoch-Abend mit einer Unterredung zwischen Dr. Brüning und dem Grafen Westarp beginnen sollten, sind auf Donnerstag-Vormittag 11 Uhr verschoben worden. Die Nationalsozialisten werden am Freitag gehört werden. Sie entsenden als ihre Vertreter Herrn Frick und den Münchener Rechtsanwalt und Freund Hitlers, Dr. Frank.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Tardieu traf am Mittwoch in Bar-Le-Duc mit Poincaré und Maginot zu dem angekündigten Verschörerfrühstück zusammen. Die Aussprache war ziemlich kurz. Nachmittags um 4 Uhr trat Tardieu die Rückreise nach Paris an. Über das Ergebnis der Unterhaltung wird selbstverständlich offiziell nicht das geringste mitgeteilt, zumal es sich nur um ein intimes, freundschaftliches Zusammensein gehandelt haben soll.

Briand hat rechtzeitig die Gefahr der Dreimänner-Konferenz erkannt und der auf seinen Sturz hinarbeitenden feindlichen Koalition mit seiner Dienstag-

Rede in Genf den Wind aus den Segeln genommen. Selbst die wütesten Nationalisten erklären am Mittwoch, dass die Rechte Frankreichs von Briand am Dienstag mit Festigkeit und Entschiedenheit vertreten worden sind, die nur höchsten Lobes würdig sei. Franklin Bouillons Interpellation ist damit schon jetzt zum Scheitern verurteilt und Briands persönliche Stellung unantastbarer denn je. Wenn also Poincaré wirklich die Absicht gehabt haben sollte, Tardieu gegen die allzu lyrische Friedenspolitik Briands mobil zu machen, so hat auch er sich jetzt wohl mit Briands Genfer Leistung zufrieden erklären müssen.

SPD. Der Reichspräsident begeht am 2. Oktober seinen 83. Geburtstag. Schon am 1. Oktober liefen im Reichspräsidentenpalais aus allen Teilen des Reiches zahlreiche Glückwunsch-Telegramme ein. Der Reichskanzler und der Preussische Ministerpräsident übermittelten dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche brieflich. In dem Brief des Reichskanzlers heisst es zum Schluss:

"Ihr diesjähriger Geburtstag fällt leider in eine Zeit besonders schwieriger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse Deutschlands. Mit mir vertraut aber Volk und Regierung darauf, dass es unter Ihrer obersten Führung den noch gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden."

SPD. Frankfurt/M., 1. Oktober (Eig. Dr.)

Die von den Nationalsozialisten anlässlich ihres Gaudages (Hessen-Süd) am 4. und 5. Oktober in Frankfurt geplanten Veranstaltungen unter freiem Himmel sind wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit polizeilich verboten worden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der Presse wird darauf hingewiesen, dass auch die Bezüge der Angehörigen der Reichswehr und der Polizei den gleichen Kürzungsbestimmungen unterliegen, wie die Bezüge der Beamten. Kürzungsfrei bleiben allgemein die Bezüge bis zu 1500 Mk. jährlich.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Indochina kommt nicht zur Ruhe. Es wird immer klarer, dass die Massnahmen, die die französische Regierung zur Unterdrückung der Unzufriedenen unternommen hat, ganz und gar nicht geeignet sind die immer wieder aufflackernden Aufstände einzudämmen. Wie erst jetzt bekannt gegeben wird, kam es am 28. September im Departement Vinh wieder zu einem schweren Zusammenstoss zwischen Aufständischen und der Regierungspolizei, der damit endete, dass auf die Rebellierenden geschossen wurde. Im Anschluss daran hat der Generalgouverneur von Indochina die Schaffung einer neuen Polizeibrigade beschlossen, die die Aufgabe hat, das Gelände zu durchstöbern und "verdächtige" Personen der Regierungsgewalt auszuliefern.

SPD. München, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Jahr Zuchthaus für einen Kuss verhängte das Münchener Schöffengericht über einen Aushilfsangestellten im Arbeitsamt München. Der Mann hatte eine stellenlose Pianistin in ihrer Wohnung aufgesucht, um ihr ein Formular, das sie auf dem Amte liegen gelassen hatte, zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit

fand er, dass die Pianistin 10 Tage Unterstützung zu Unrecht bezogen hatte. Um sie vor der Bestrafung zu schützen, nahm er eine geschäftswidrige Korrektur auf dem amtlichen Formular vor. Beim Weggang verehrte das Fräulein dem Angestellten eine Tafel Schokolade, während er ihr zum Abschied einen Kuss verabreichte. Die ganze Szene hatte eine Nachbarin durch das Guckloch belauscht und dem Bräutigam des Mädchens zugetragen, der in seiner Eifersucht schleunigst Anzeige erstattete. Nun erhielt der Angestellte, der übrigens Vater von 6 Kindern ist, wegen eines Verbrechens im Amte in Tateinheit mit einem Vergehen der Begünstigung ein Jahr Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht hob hervor, dass der § 349 keine Milderungsgründe zulasse. Es empfahl dem Verurteilten, den Weg des Gnadengesuches zu beschreiten.

SPD. Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Böss, dessen Dienstentlassung durch den zuständigen Bezirksausschuss am Mittwoch vom Obergerverwaltungsgericht aufgehoben wurde, hat dem Berliner Magistrat noch am gleichen Tage ein Pensienierungsgesuch übermittelt, um die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters zu ermöglichen.

SPD. München, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch plädierte der Münchner Rechtsanwalt Frank II nach dem Oberreichsanwalt in Form einer Versammlungsrede für seinen Klienten Wendt auf Freispruch. "Es handelt sich hier - so führte er aus - nicht um eine Tragödie, die den Staat interessiert, sondern um eine Tragödie, die den deutschen Menschen interessiert. Von vornherein muss ich es zurückweisen, dass der Oberreichsanwalt die Möglichkeit einer illegalen Betätigung der NSDAP erwogen hat. Ich erkläre als Vertreter der zweitstärksten Fraktion des deutschen Reichstags, dass die NSDAP ihre Ziele nur auf legale Weise erreichen will. Der Zeuge Hitler hat das auch beeidet."

"Warum wird die Uniform der Angeklagten nicht von allen Schichten des deutschen Volkes geehrt? Weil man in dieses deutsche Volk die Lehre gebracht hat, die da lautet: ihr gehört einer aussterbenden Generation an. Euer Wollen hat nichts mehr zu suchen in dieser marxistischen, internationalen, pazifistischen Zeit, die da ruft: Nie wieder Krieg! Wenn diese Schichten, die den Soldaten verachten und bespeien, Regierungsparteien werden, dann bricht die Krise im Leben des Soldaten aus. Wenn man liest, wie die SPD ihr Wehrprogramm festgesetzt hat, und wenn man liest, dass einer ihrer Führer, der Herr Seydewitz, erklärt, dass der Vorwurf des Landesverrats leichter wiegt gegenüber dem Klassenverrat, und wenn die SPD in ihrem Wehrprogramm sagt, dass das Reichsheer Instrument des Klassenkampfes sein solle, dann fragt sich der Soldat: soll man sein Leben opfern für diese Sorte Menschen? Der Soldat von heute muss sich sagen: was heisst für mich Verfassung, wenn die Verfechter der Verfassung wehrgeistfeindlich, marxistisch und pazifistisch eingestellt sind?"

Der Leipziger Prozess ist ein Ausdruck der politischen Angst des Reichswehrministeriums: man fürchtet sich vor der Pressemeute von links. Das Reichswehrministerium hätte sich vor seine Offiziere stellen müssen, gab aber klein bei. Und auch bei der Verhaftung hat das Reichswehrministerium die formalen Gänge nicht unterbrechen wollen, um sich keinen Vorwürfen von links auszusetzen. Der Herr Landgerichtsdirektor Braune hat zugegeben, dass die Verhaftung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erfolgte (Zuruf des Oberreichsanwalts: "Das ist nicht der Fall!").

Die Offiziere wehren sich dagegen, dass die gleichgestellt werden sollen mit einer Horde marxistischer Verderber. Die Verfassung schützen ist nicht in jedem Falle identisch mit dem Schutz des Vaterlandes. Das höchste Gut des Volkes ist nicht der Staat, sondern die Gewährleistung seiner eigenen Zukunft

und die Frage ist, ob der jeweilige Staat imstande ist diese Zukunft zu gewährleisten. Wie stellen sie sich eine Reichsregierung vor, deren Reichswehrminister ein Kommunist ist?

Die Angeklagten sind die lautersten Soldaten des deutschen Heeres! Das Ergebnis dieses Prozesses wird sein, dass das nationale Wollen in der Reichswehr jetzt erst recht emporflammt, und die Angeklagten dieses Prozesses werden die Helden der Reichswehr sein! Dass man zurückgreift in der Beurteilung der Tat der Angeklagten auf formelle Niederschriften eines Herrn Braune, dessen Vergangenheit auf eine Weise, die ein anständiger Richter nicht decken kann, belastet ist (Vorsitzender unterbricht, Rechtsanwalt Frank redet weiter. Schliesslich bekommt der Verteidiger, da er abermals die heftigsten Vorwürfe gegen Landgerichtsdirektor Braune in der geschmacklosesten Form erhebt, das Wort zu diesem Punkt entzogen), erscheint mir unzulässig. Die Herren Offiziere, die hier angeklagt sind, dachten nicht parteipolitisch. Die Herren Offiziere wollten nur zur Selbsthilfe greifen. Die Soldaten wollten, dass der Geist wieder vaterländisch werde in Deutschland: der geschlossene Kreis des Soldaten muss geschützt werden gegen das Antimenschentum der Strasse. In dieser Richtung bewegte sich das Wollen der Angeklagten, das nur in Form harmloser Gespräche in Erscheinung trat. Man will aber, geleitet von politischer Gehässigkeit, die Angeklagten zu Verbrechern machen, um ein für allemal die Gefahr zu beseitigen, dass die Reichswehr eines Tages nicht reif sei für den Linkskurs. Aber damit ist es jetzt ja vorbei in Deutschland. Es ist nötig, die Anklage fallen zu lassen und aufstehen zu lassen die Ehre des deutschen Soldaten. Ich bitte Wendt freizusprechen!"

Rechtsanwalt Kamecke-Berlin spricht für Ludien. Angriffen auf die Sozialdemokratie folgen Angriffe auf das Reichswehrministerium. 1. sei es schlimm, dass es für einen "gesunden Pazifismus" sei, 2. hätte es die Würde der Armee besser zu wahren; Stücke, wie das neulich in Berlin aufgeführte Schauspiel "Krach um Leutnant Blumenthal" müssten unbedingt verboten werden: "Die Linkslente betrachten die Reichswehr als Instrument, das zu parieren hat, wenn es ihnen passt. Die Angeklagten wehrten sich dagegen. Ihr Streben galt keiner Partei, sondern ihrem Volke, für das sie noch einmal den Freiheitskampf führen wollen - wozu hätten wir denn sonst die Reichswehr? Natürlich sieht der Soldat das ganze Weltgeschehen von seinem nationalistischen Standpunkt aus. Natürlich haben auch die Angeklagten das getan. Aber Strafbares kann ihnen nicht nachgewiesen werden. Es kam ihnen nur auf die Grundgedanken der NSDAP an - also nur auf eine Idee. Die Schuldkonstruierung des Herrn Oberreichsanwalt hängt in der Luft. Wenn man auf Grund des § 86 eine strafbare Handlung hätte konstruieren wollen, dann hätte man eine juristische Unterlage, wie in den kommunistischen Prozessen konstruieren müssen. Wenn die Kommunisten in den Hochverratsprozessen immer verurteilt werden, so geschieht das nur, weil sie ihre Propaganda für eine revolutionäre Idee verbinden mit der Propaganda für ein konkretes hochverräterisches Unternehmen. Dass die NSDAP aber keinen Hochverrat, kein illegales Unternehmen plant, das hat ja der Zeuge Hitler unter seinem Eide ausgesagt. Ich bitte meinen Mandanten Ludien freizusprechen."

Anschliessend ergreift militärisch kurz der militärische Verteidiger Ludiens, Hauptmann Meindl, das Wort. Meindl war unmittelbarer Vorgesetzter Ludiens in dem Regiment, in dem der Angeklagte diente. Er schildert zunächst die nach seiner Meinung katastrophale Wirkung der Verhaftung Scheringers und Ludiens auf das Ulmer Offizierskorps: "Ich möchte sagen, dass ich kaum einen pflichttreueren und ernstdenkenderen Offizier als Ludien kenne, wie auch Scheringer aus dem gleichen Grunde das Vertrauen seiner Kameraden und Untergebenen besass. Hohe vaterländische Ziele haben die Angeklagten geleitet. Auf den Hochverratskomplex möchte ich nicht eingehen. Die militärischen Delikte, die den Angeklagten vorgeworfen werden, sind keine: die Angeklagten haben nichts aufgewiegelt, sie haben nicht Missvergnügen erregt und sie haben nichts getan, was irgendwie der Armee zum Schaden gereichen könnte. Die

Angeklagten handelten in nationalem Geiste. Sie wollten den Sauerteig abgeben für ein hohes vaterländisches Ziel. Ich bitte für meine Kameraden um Freispruch und bitte disziplinarische Verfehlungen auf dem üblichen Disziplinarwege erledigen lassen zu wollen."

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 7 Uhr abends. Die restlichen Plädoyers und die Schlussworte der Angeklagten werden am Donnerstag gehalten werden. Der Freitag bleibt sitzungsfrei, um ausgiebig Zeit zur Beratung des Urteils zur Verfügung zu haben. Das Urteil wird voraussichtlich am Sonnabend vormittag um 10 Uhr verkündet werden.

SPD. Weimar, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das vor mehreren Monaten von dem thüringischen Innenminister erfolgte Verbot der Aufführung des Theaterstückes § 218 von Credé ist am Mittwoch vom Oberverwaltungsgericht in Jena aufgehoben worden. Die Kosten des Gerichtsverfahrens wurden dem Land Thüringen zur Last gelegt.

In der Begründung des Urteils wird besonders hervorgehoben, dass für ein Verbot eines Theaterstückes drei Möglichkeiten gegeben seien und zwar: Wenn in dem Stück zu strafbaren Handlungen aufgefordert, wenn die öffentliche Ordnung durch die Aufführung gestört und die Sittlichkeit gefährdet werde oder wenn ein polizeilicher Notstand vorliege. Bei der Aufführung des Stückes § 218 liege aber keine dieser Möglichkeiten vor. Weder sie noch die Darstellung erfüllten den Tatbestand der vom Ministerium angeführten Strafrechtsparagrafen. Amtspersonen würden darin nicht beleidigt, auch würde in dem Stück nicht zum Klassenhass aufgefordert. Mit der Aufführung des Stückes wolle man nur die Beseitigung des § 218 des Strafgesetzbuches erreichen.

Die durch das Verbot Geschädigten dürften nunmehr Schadensersatzklage gegen das Land Thüringen anstrengen.

SPD. London, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem neuesten, wöchentlich ausgegebenen Communiqué des englischen Indienamtes heisst es, dass der Boycott gegen englische Waren in Indien nachlässt.

Wie aus Bombay mitgeteilt wird, ist inzwischen ein neuer Versuch gemacht worden, die Boykottbewegung zu beleben. Grosse indische Firmen sollen sich jedoch geweigert haben, die Verpflichtung zum Boykott zu unterzeichnen, da sie sich durch die diktatorische Gebarung des Kongresses nicht einschüchtern lassen wollen.

SPD. Wien, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Nationalrat ist am Mittwoch-Abend von dem Bundespräsidenten aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 9. November statt.

SPD. Amsterdam, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloss am Mittwoch das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Folgen mit der sozialistischen Arbeiterinternationale in einem besonderen Ausschuss zu beraten, der vom 27. bis 29. Oktober in Köln zusammentreten und alle erforderlichen Schritte beschliessen soll. U.a. soll die Kommission auch die Frage einer grossen internationalen Konferenz erwägen. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wurden Leipart, Jouhaux, Citrine, Jacobsen und Schevenels in den Ausschuss gewählt.

SPD. London, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die britische Reichskonferenz wurde am Mittwoch im Locarno-Saal des Foreign Office durch den englischen Premierminister MacDonald eröffnet. Die Dominien sind auf dieser für das britische Weltreich repräsentativen Konferenz, der ersten Reichskonferenz unter einer Labour-Regierung, durch ihre Premierminister vertreten.

MacDonald umriss die Aufgaben, die sich die Konferenz zu stellen hat. Sie beziehen sich auf das Verhältnis der Teile des britischen Reiches zueinander, des Reiches zur übrigen Welt und schliesslich auf wirtschaftliche Probleme.

SPD. Wien, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der am 31. Oktober in Graz zusammentreten sollte, ist wegen der Neuwahlen bis auf weiteres verschoben worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Das Kleeblatt der Kriminalromantiker.

Chikago betreibt "Zellenbildung". - Der "Klub der Vier" auf Fahrt. - Der Ueberfall auf die Tankanlage. - Geheimschrift für Diskrete. - Die Not unserer Zeit.-

SPD. Chikago macht Karriere. Was die mit allem Raffinement arbeitenden Verbrechertrusts der berühmtesten Millionenstadt in USA können, wollte, mit aller Dings geringem Geschick, aber durchaus gutem Willen in Hamburg eine sogenannte "Klub der Vier" kopieren, der jetzt ausgehoben wurde. Es handelt sich um ein smartes Klübchen von vier jungen, sehr romantisch angeregten Leuten, die sich nach dem Vorbild der grossen Chikagoger Banditen vereinigt hatten, um gemeinsam und nach nicht schlecht durchdachtem System Raubüberfälle und Einbrüche zu begehen.

Die Polizei wurde dieser Tage auf den merkwürdigen Klub aufmerksam, als auf das Büro der Naphta Industrie- und Tankanlage A.G. im Herzen der Stadt ein tollkühner Raubüberfall verübt wurde. Die Angreifer hatten das Büro überfallen und den Widerstand der Büroangestellten mit dem Revolver in der Hand gebrochen. Die Angestellten wurden gefesselt und die Kasse, deren Inhalt allerdings nur 130 Mark betrug, ausgeraubt. Als Täter kamen vier junge Leute in Frage, die zum Teil verumumt, den Ueberfall verübt hatten. Dem schnellen Zugriff der Polizei gelang es nach kurzer Zeit, das dreiste Verbrechen aufzuklären. Als der "Klub der Vier" in einer kleinen Kneipe in Harburg bei Hamburg tagte, brach überraschend die Kriminalpolizei ein. Die Vier leisteten keinen Widerstand und wurden aufs Polizeipräsidium gebracht, wo sie nach längerem Verhör sämtlich gestanden.

Der Begründer der zweifelhaften Vereinigung war ein stellungsloser Kaufmann, der sowohl von materieller Not als auch von Abenteuerlust getrieben, den "Klub der Vier" ins Leben gerufen hatte. Dabei ging der Kaufmann höchst geschäftsmännisch und beinahe sachlich nüchtern vor. - Er warb in Briefen an ihm bekannte junge Leute Mitglieder. Die Briefe waren - und das ist wieder das Romantische an diesem kriminell-kommerziellen Betrieb - in einer etwas merkwürdigen und primitiven Geheimschrift abgefasst. In dem Klubschreiben wurde der Empfänger aufgefordert, dem Unternehmen beizutreten und zugleich dringend gebeten, sich völlig diskret zu verhalten. Dass der Klubgründer mit seinem dunklen Projekt auf nicht allzuviel Gegenliebe stiess, beweisen die "Klubanmeldungen" -! Nur drei Leute waren bereit, der Verbrechervereinigung beizutreten. Es ist höchst erfreulich, dass der "Klub der Vier" so schnell unschädlich gemacht worden ist. Wahrscheinlich hätten diese Verbrecher der Hintertreppe noch manches andere "Klubunternehmen" ausgeführt. Aber von aller Verstiegtheit jugendlich haltloser Menschen abgesehen: auch dieser "Klub der Vier" ist ein sprechender Beitrag zur grenzenlosen sozialen Not unserer Zeit.

Mord an einem Maler. In Nürnberg wurde in seiner Wohnung der Maler Herwicht ermordet aufgefunden. Die Mordkommission hat einen des Mordes verdächtigen Mann namens Harrer verhaftet, der bisher jedoch leugnet, die Tat begangen zu haben.

Frenzel-Prozess. Am Mittwoch begann im Frenzelprozess die Zeugenvernehmung. Die Frau des Angeklagten und seine frühere Sekretärin, Frau Bell, schilderten den Charakter des Angeklagten. Sie gaben kein ungünstiges Urteil über ihn ab. Entgegen der Anklage, die Frenzel als roh und brutal bezeichnet, zeichnen sie ein Bild Frenzels, das nicht gerade ideal aber auch keineswegs unsympathisch genannt werden kann. Eindrucksvoll ist die Vernehmung des Bruders des Angeklagten. Der Zeuge hat kurz vor Frenzels Verhaftung in Berlin eine Unterredung mit ihm gehabt. "Ich habe ihn", so erklärt der Zeuge "gefragt, ob etwas wahres an den schrecklichen Beschuldigungen sei, die meine Nichten gegen ihn erhoben haben. Wenn ja, so solle er doch auf die Jagd gehen, einen Unfall vortäuschen und so seinem verpuschten Leben ein Ende machen. Er gab mir aber sein Ehrenwort, dass er völlig schuldlos sei. Ich habe es ihm auch unbedingt geglaubt."

+ + +
Erdbeben in Böhmen. Im Gebiet von Eger und Franzensbad wurde ein Erdbeben registriert. Nach den Aufzeichnungen der Erdbebenwarte dauerte die Erdbewegung etwa 20 Sekunden. Der Herd des Bebens liegt im Eger-Vogtländer Gebiet.

+ + +
Tödlicher Unfall. Der Polizeiwachtmeister Otto Labes in Berlin liess beim Reinigen seiner Dienstpistole fahrlässigerweise eine Kugel im Lauf stecken, die beim Berühren des Abzughahnes losging und Labes ins Herz traf.

+ + +
Verhaftung eines Einbrecherkönigs. Der jugoslawische Einbrecherkönig Ivan Kovacic, auf dessen Konto allein in der letzten Zeit mehr als 15 schwere Einbrüche kommen, wurde in Belgrad verhaftet. Bei seiner Vernehmung gestand er, einen Portier, der ihn bei einem Einbruch gestört hatte, erschossen zu haben.

+ + +
Grossfeuer in einer Kunstseidenfabrik. In einer Kunstseidenfabrik in Freiburg i.B. brach ein Grossfeuer aus, bei dem die Maschinen in grösste Gefahr kamen, zu verbrennen. Der Feuerwehr, die mit Gasmasken vorging, gelang es, jedoch, die Fabrik vor der Vernichtung zu schützen. Unglücksfälle sind nicht zu beklagen.

+ + +
Autounglück in Rumänien. Zwischen Kronstadt und Szekeley-Ujvarhely stürzte ein vollbesetzter Autobus in einer Kurve um. Der Chauffeur des Wagens wurde getötet, eine grosse Anzahl der Gäste sehr schwer verletzt.

+ + +
Unglaubliche Milde für einen Nazimörder. Das Osnabrücker Schwurgericht verurteilte den der nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörenden Schlosser Hermann Schmidt wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg unter Zuebilligung mildernder Umstände zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Schmidt hatte am 30. August im Verlauf einer politischen Diskussion plötzlich auf den Weber Krott eingestochen und ihm tödliche Verletzungen beigebracht. Das skandalöse Fehlurteil findet in Osnabrück allgemein schärfste Ablehnung.

+ + +
Selbstmord aus Not. In einem Lokal am Kottbuser Damm in Berlin wurde am Mittwoch nachmittag ein 53jähriger Wächter erhängt aufgefunden. Schwere wirtschaftliche Not hatte den Unglücklichen zum Selbstmord getrieben.

+ + +
Unter die Strassenbahn gekommen. Am Spittelmarkt in Berlin geriet der 12jährige Schüler Horst Engelbert beim Abspringen unter die Räder der Strassenbahn. Der Wagen ging über den Knaben hinweg und tötete ihn auf der Stelle.

+ + +
Vor seinen Kindern getötet. In Köln wurde am Mittwoch vormittag ein Arbeiter vor den Augen seiner drei Kinder von einem Kraftwagen überfahren und getötet.

+ + +

Der falsche Oberst Lawrence. Dr. Wolfgang von Weisl, Berichterstatter Berliner Zeitungen, ist beim Ueberschreiten der irak=persischen Grenze in Nordkurdistan das Missgeschick zuteil geworden, von einem persischen Grenzoffizier als der berüchtigte Oberst Lawrence angesehen zu werden, den sowohl Perser als Türken die Hauptschuld an dem jetzigen Kurdenaufstand zuschreiben. Weisl wurde 14 Tage in Haft behalten, ehe sich der Irrtum herausstellte. Inzwischen macht man an der irak=persischen Grenze noch immer Jagd auf Oberst Lawrence.

+ + +

Schiffsbrand auf der Elbe. Auf der Untereibe geriet ein mit Holz beladenes Motorschiff in Brand, nachdem es von einem Dampfer gerammt worden war. Die Oeltanks explodierten und das Feuer griff auf die Ladung über. Das Schiff brannte völlig aus. Das Schicksal der Mannschaft ist noch ungewiss.

+ + +

Explosion eines Munitionslagers. In Ghivgeli bei Saloniki explodierte ein Munitionslager. Drei jugoslawische Offiziere und acht Soldaten wurden getötet, 14 Soldaten schwer verletzt.

+ + +

Schüsse auf einen Friedhof. Auf einem der jüdischen Friedhöfe in Warschau ereignete sich am Mittwoch ein merkwürdiger Unglücksfall. Von einem benachbarten Truppenübungsplatz fielen eine Anzahl Schüsse, durch die mehrere auf dem Friedhof betende Juden getroffen wurden. Zwei von ihnen wurden so erheblich verletzt, dass sie ins Krankenhaus überführt werden mussten.

+ + +

Wölfe vor Athen. In Kifissia, einem Vorort Athens, wurde eine grosse Treibjagd auf Wölfe veranstaltet, die durch ständige nächtliche Ueberfälle auf Menschen und Tiere die griechische Hauptstadt unsicher machen. Trotzdem sich 50 Jäger auf die Jagd nach den Wölfen machten, gelang es bis jetzt nur einen Wolf zur Strecke zu bringen.

+ + +

Selbstmordtragödie einer Schülerin. Im Hause Turinerstrasse 10 im Norden Berlins wurde die 14jährige Schülerin Charlotte Nagel in der Wohnung ihrer Eltern mit Gas vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Das 14jährige Mädchen scheint sich eine schlechte Zensur, die es als Schülerin einer höheren Lehranstalt erhalten hatte, so sehr zu Herzen genommen zu haben, dass es in Abwesenheit seiner Eltern den Gashahn öffnete.

+ + +

Das Ende einer Schauspielerin. In einem Vorort von Rio de Janeiro wurde die Leiche der aus Wien stammenden Schauspielerin Mary Pless gefunden. Da der Toten der Schmuck geraubt war, wird angenommen, dass die junge Künstlerin einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. In Wien hat die Nachricht von dem tragischen Tode der Schauspielerin lebhafteste Teilnahme erregt.

Mary Pless, die nur 28 Jahre alt geworden ist, hat ein wechselreiches Leben hinter sich. Sie war die einzige Tochter eines Modewarenfabrikanten und heiratete mit 18 Jahren einen Wiener Eisenwarenhändler, von dem sie nach dreijähriger Ehe geschieden wurde. Später trat sie als Tänzerin auf und hatte in Oesterreich und Deutschland zahlreiche Engagements. In Rio de Janeiro, wo sie sich später niederliess, war sie als Vertreterin tätig. Man nimmt an, dass die Künstlerin bei einem geschäftlichen Abschluss in einen Hinterhalt gelockt und dann ermordet worden ist.

+ + +

Brandstiftung. In Golssen (Niederlausitz) brannte in der Mittwochnacht die Schneidemühle des Zimmermeisters Schönbeck nieder. Der sehr beträchtliche Schaden ist nur zum kleinen Teil durch Versicherung gedeckt. Es wird Brandstiftung vermutet.



Zehn Jahre freigewerkschaftliches Seminar.

SPD. Am kommenden Sonntag feiert die Kölner freiorganisierte Arbeiterschaft das zehnjährige Bestehen des freigewerkschaftlichen Seminars für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Köln. Dieses Seminar ist in seiner Form und Gestaltung eine eigenartige Schöpfung, die in Deutschland nicht ihresgleichen hat. Es ist keine Schule, die ihre Schüler aus dem Arbeitsverhältnis herausreisst, sondern die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer freien Zeit zu fördern. In dem zur Zehnjahresfeier herausgegebenen lesenswerten Gedenkbuch, erschienen in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, umreisst der Leiter des Seminars, Universitätsprofessor Dr. Bruno Kuske die Aufgabe der Anstalt in folgenden klaren Sätzen:

"Das Freigewerkschaftliche Seminar hat sich die Aufgabe gestellt, den Stand der Einsicht in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge bei seinen Hörern zu fördern und zu vertiefen. Es geht demnach aus von der beruflichen, sozialen und politischen Stellung des Arbeitnehmers. Es sucht diesem die Beziehungen zum Bewusstsein zu bringen, in denen er von seinem Schicksal her steht. Er soll seine Stellung klarer erkennen, die Bedeutung seines Berufs und seiner Arbeit im grossen ganzen, die Bedeutung und die Gesetze der Gesellschaft, der er unentrinnbar angehört. Er soll ebenso seine Rechte wie auch seine Pflichten sehen lernen. Er soll frei werden von dumpfen Instinkten und einer nur gefühlsmässigen Stellungnahme in Bezug auf seine Lebensinteressen."

Das Seminar wurde im Herbst 1929 durch die Freien Gewerkschaften und die freien Angestelltenverbände gegründet. Allen politischen und sozialen Erschütterungen der Nachkriegszeit, die mehr als einmal seinen Bestand bedrohten, hat es widerstanden und sich zu einer weithin beachteten Bildungseinrichtung entwickelt. Es arbeitet in bewusster Abwehr von den Versuchen einer Massenbildung in dem Kreis der Arbeiterschaft, der mit dem stärksten innerlichen Drang zur geistigen Vertiefung in dem Seminar die Stätte findet, die diesen Drang befriedigt. Die laufende Zahl dieser Arbeiter ist im Hinblick auf die rund 70 000 freigewerkschaftlich organisierten in Köln mit 300 bis 400 in den Hauptkursen nicht gross. Aber man darf auch nicht mehr erwarten: Diese Zahl ist der Bedarf. Dieser ist eben nicht grösser. Aber im Laufe der Jahre summieren sich diese Zahlen zu ganz beachtenswerten Grössen. Während seines zehnjährigen Bestehens sind im ganzen rund 2000 Teilnehmer durch das Seminar gegangen. Das ist von nicht zu unterschätzender Wirkung, dies sich auch schon vielfach in einer neuer gründlicheren Betrachtung und Behandlung der Arbeiterfragen geltend macht. Die 2000 sind ein geistiges Ferment, das in der Arbeiterschaft bereits segensreich wirkt. Die Zahl der Hörer betrug im Durchschnitt der Jahre: 1920 : 270, 1921 : 325, 1922: 300, 1923: 275, 1924: 300, 1925: 330, 1926: 251, 1927: 240, 1928: 317, 1929: 316, und im Jahre 1930: 395.

Der Lehrplan des Seminars beschränkt sich auf Volkswirtschaftslehre, Theorie der Volkswirtschaft, Finanzwirtschaft, allgemeine Betriebswirtschaftslehre, spezielle Betriebswirtschaftslehre, allgemeine Rechtslehre und Arbeitsrecht.

Das Seminar steht allen Arbeitnehmern offen. Massgebend ist für den Besuch aber doch der Einfluss der Organisationen. Um den Zustrom sind nur die freien Verbände als Träger der Anstalt bemüht, die daher auch die überwältigen-

de Mehrheit der Hörer stellen. Von den Teilnehmern an den Kursen wird eine Hörergebühr von 2 Mark je Kursus erhoben. Die Arbeitslosen sind von der Hörergebühr befreit. Die Stadt Köln stellt dem Seminar Schulräume in der städtischen höheren Handelsschule zur Verfügung.

In den verflossenen zehn Jahren hat das Kölner Arbeiterseminar sich als ein Bedürfnis und als eine Notwendigkeit für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit erwiesen. Bessere wirtschaftliche Zeiten werden ihm weiteren Aufstieg und weiteren Ausbau bringen.

SPD. Nach den letzten Feststellungen sind im Ruhrbergbau vom 1. Januar bis 1. September 65 038 Bergarbeiter entlassen worden. Gleichzeitig wurden nicht weniger als 6 947 000 Feierschichten ingelegt. Rechnet man die Schicht mit einem Durchschnittslohn von 9 Mark, so ist allein durch die Feierschichten ein Lohnausfall von 62,5 Millionen Mark entstanden; auf den Kopf der Belegschaft umgerechnet macht das 200 Mark aus. Dazu kommt noch der Lohnausfall bei den 65 000 Entlassenen. Diese Zahlen beleuchten deutlich, wie sehr es der Ruhrbergbau verstanden hat, das Risiko der Wirtschaftskrise auf den Arbeiter abzuwälzen

Wie sehr sich ein solcher Lohnausfall im Herabsinken des Lebensstandards auswirken muss, ergibt sich daraus, dass selbst ein voller Verdienst im Monat nicht ausreicht, einen Bergarbeiterhaushalt schuldenfrei zu halten, ohne den Verbrauch an Lebensmitteln aufs empfindlichste einzuschränken. Es heisst ein gefährliches Spiel mit der Geduld der Bergarbeiter treiben, wenn der Zechenverband heute noch daran denkt, die Löhne abzubauen.

SPD. Die Reichsknappschaft hält am 22. November im Verwaltungsgebäude in Berlin ihre Hauptversammlung ab. Neben dem Jahresabschluss für 1929 werden Satzungsänderungen beraten.

SPD. Der 1. Weltkongress für das arbeitende Palästina, hinter dem die rund 30 000 jüdische Arbeiter umfassende Jüdische Allgemeine Arbeiterorganisation Palästinas steht und der in der letzten Septemberwoche in Berlin stattfand, war von etwa 300 Delegierten aus 24 Ländern besucht. Die sozialdemokratischen Parteien Frankreichs und Belgiens hatten Jean Longuet, Camille Huysmans und Louis Pierard delegiert. Die Labour-Partei war durch Malone vertreten. Von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands lag ein Begrüssungsschreiben Crispiens vor. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch Alexander Knoll und der Internationale Gewerkschaftsbund durch Sassenbach vertreten. Die amerikanischen Gewerkschaften hatten eine eigene Delegation entsandt.

Den Auftakt des Kongresses bildete eine imposante Eröffnungssitzung im Herrenhaus, in der der Altmeister des Sozialismus, Eduard Bernstein, seine tief empfundene Sympathie mit dem idealistischen sozialistischen Befreiungswerk der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina bekundete und den internationalen Sozialismus zur Unterstützung des sozialistischen Aufbauwerks in Palästina aufforderte. Aus der Eröffnungssitzung sind ferner die Ansprachen Albert Einsteins des intensiven Förderers des Palästinaaufbaus, Sassenbachs vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der die Bedeutung der jüdischen Arbeitergewerkschaft im Rahmen der internationalen Gewerkschaftsbewegung würdigte und die Treue der palästinensischen Gewerkschaft zum Internationalen Gewerkschaftsbund hervorhob, und die gleichfalls mit grosser Begeisterung der Versammlung aufgenommene herzliche Begrüssungsansprache Knolls vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hervorzuheben.

Jean Longuet, der Enkel von Karl Marx, brachte die warme Sympathie, die die französische Arbeiterbewegung für das sozialistische Aufbauwerk in Palästina empfindet, zum Ausdruck. Louis Pierard, der Vorsitzende des Komitees für das arbeitende Palästina bei der sozialistischen Internationale zeigte in einem Referat Völkerbund und Palästina auf, welche grossen materiellen Vorteile der arabischen Bevölkerung Palästinas aus dem jüdischen Kolonisationswerk erwachsen und beteuerte, dass der Völkerbund weiterhin aufs stärkste das Aufbauwerk unterstützen werde.

Von dem Kongress wurde ein ausserordentlich reiches Arbeitsprogramm bewältigt. Nicht nur die Fragen des jüdischen Arbeiterwerks in Palästina standen zur Behandlung, sondern der ganze Problemkreis, die Lage der jüdischen Arbeiterschaft und der jüdischen Massen. Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, wie Shipliakoff, der Antikriegskämpfer und ehemaliger sozialistischer Stadtrat New Yorks, ferner die amerikanischen Gewerkschaftsführer Finestone (Generalsekretär der amerikanischen Bekleidungsarbeiter) und Schlossberg erörterten die Fragen der jüdischen Gewerkschaftsbewegung und der allgemeinen Arbeiterbewegung Amerikas. Die amerikanische Gewerkschaftsdelegation hat soeben eine Palästina-Studienreise beendet und auf Grund ihrer Eindrücke die stärkste Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften für das sozialistische Aufbauwerk in Palästina zugesagt.

Aus der grossen Fülle der Referate seien noch das Referat des grossen Kolonisationsfachmanns und Soziologen Dr. A. Ruppin über die soziale Struktur des Jüdischen Volkes, des palästinensischen Arbeiterführers S. Rubaschow und die jüdische Arbeiterbewegung in der ganzen Welt und des Präsidenten des Kongresses D. Ben-Gurion über die Beziehungen zu England und zum arabischen Volke hervorgehoben.

SPD. Frankfurt, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf der Generalversammlung des Deutschen Baugewerksbundes führte der Vorsitzende Bernhard am Mittwoch aus, dass die Gewerkschaften der nationalsozialistischen Gefahr entgegenwirken müssten. Die kommunistische Partei bezeichnete er als Schutzwall für die Unternehmer gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Gewerkschaftsmitglieder, die für die Gewerkschaftsopposition arbeiten und ihren Weisungen folgen, hätten in dem Verband, gegen den sie kämpfen, keinen Platz. Der Redner erklärt sich grundsätzlich gegen die Akkordarbeit, weil sie die Arbeitslosigkeit verschärfe. Die Lohnberechnungen des Statistischen Amtes seien falsch und viel zu hoch, sie berücksichtigen nicht die niedrigen Lohngruppen. Diese seien aber bestimmend. Den Bauarbeitern stünden Lohnkämpfe bevor, die sie mit aller Energie durchführen werden.

In seinem Referat "Der Bauarbeiter im Arbeitsrecht" wies Dr. Franz Neumann darauf hin, dass eine fundamentale Abänderung des Arbeitsrechts zu erwarten sei, sobald in Deutschland der Faschismus herrsche. Italien sei ein Beispiel dafür. Die Praxis des Reichsarbeitsgerichts vernichte die Kampffreiheit in Deutschland. Bei den Tarifschiedsgerichten müsse verhängnisvolles Lavieren festgestellt werden.

Zum Bauarbeiterschutz wird folgende Entschliessung angenommen: Der dritte Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes begrüsst die nach jahrelangem Drängen der Bauarbeitergewerkschaften von den baugewerblichen Berufsgenossenschaften endlich herausgegebenen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften als einen Fortschritt im Sinne der von der baugewerblichen Bauarbeiterschaft seit langem erhobenen Forderungen. Der Bundestag nimmt ferner davon Kenntnis, dass die noch ausstehenden neuen Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau in absehbarer Zeit erlassen werden sollen. Mit Bedauern aber stellt der Bundestag fest, dass die Gesetzgebung im übrigen für den Bauarbeiterschutz seit einigen Jahren keinen merklichen Fortschritt gebracht hat. Das der Bauarbeiterschaft

seit Jahren versprochene Reichsbauarbeiterschutzesgesetz ist über die Aufstellung eines Entwurfs nicht herausgekommen. In den Ländern ist die gesetzliche Neuregelung und Verbesserung der Arbeiterschutz- und Fürsorgebestimmungen für Arbeiter auf Bauten ebenfalls stehen geblieben. Eine Ausnahme davon macht der Freistaat Sachsen, wo seit Anfang April 1930 eine Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter besteht, die, wie anerkannt werden darf, eine Reihe unserer alten Bauarbeiterschutzzforderungen erfüllt. Die in den übrigen Ländern zurzeit geltenden Vorschriften weisen trotz ihrer grossen Zahl bedenkliche Lücken auf und ausserdem sind sie durchaus unzulänglich. Die Einstellung von Baukontrollen aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in den letzten Jahren fast gänzlich unterblieben. Vielfach leiden die unteren Verwaltungsbehörden unter einer starken Abneigung gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Einstellung von Baukontrollen. Infolgedessen werden oftmals Personen in dieses verantwortungsvolle Amt gerufen, die nicht das Vertrauen der Bauarbeiter besitzen. Der Bundestag fordert deshalb von der Reichsregierung eine allgemeine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes, die den Forderungen der Bauarbeiter gerecht wird, von den Landesregierungen die endliche Beseitigung der baupolizeilichen Willkür in der Arbeiterschutz- und Fürsorgegesetzgebung. Anstelle der unzulänglichen Polizeiverordnungen sind Bestimmungen zu schaffen, die auch für die Bauarbeiter menschenwürdige und hygienisch einwandfreie Betriebseinrichtungen sicherstellen und jeweils für das genannte Staatsgebiet gelten. Der Bundesvorstand wird beauftragt, wie bisher unermüdlich für eine Verbesserung des Bauarbeiterschutzes zu arbeiten.

Zur Jugendarbeit wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heisst: "In der kapitalistischen Wirtschaftsform unterliegt der jugendliche Arbeiter von jeher einer besonders menschenunwürdigen körperlichen Ausbeutung und geistigen Unterdrückung. Dank der auch auf diesem Gebiet von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeit hat sich hierin schon vieles gebessert, aber immer noch ist es rücksichtslosen Unternehmern möglich, durch Umgehung der Gesetze die billige Arbeitskraft jugendlicher Menschen als Profitquelle auszunutzen. Im Baugewerbe zeigt sich dies besonders auffällig in einer zahlenmässig übergrossen Lehrlingshaltung, wobei es vielen Unternehmern weniger um eine einwandfreie Berufsausbildung zu tun ist als vielmehr darum, ihn als billigen Handlanger unter Umgehung des tarifvertraglichen Lohnes auszubeuten. Die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge bedeutet eine erhebliche Gefahr für die Pflege eines guten handwerksmässigen Könnens wie auch für die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik. Mit der Einbeziehung der jugendlichen Berufsangehörigen schützt der Deutsche Baugewerksbund die jugendlichen Arbeiter gegen Ausbeutung und stärkt gleichzeitig seine Kampffront. Der Bundestag fordert von den Unternehmern eine verantwortungsbewusste und planmässige Gestaltung der Lehrlingsausbildung. Unter Mitbestimmung und Mitarbeit der Gewerkschaften ist eine die Lehrverhältnisse regelnde Lehrlingsordnung zu schaffen."



900 Millionen Defizit.

Auswirkungen der Kapitalflucht.

SPD. In ihrem Wirtschafts- und Finanzplan schätzt die Regierung Brüning das Defizit für das laufende Rechnungsjahr auf 750 bis 900 Millionen Mark, wovon 450 bis 600 Millionen Mark auf den Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen entfallen, der Rest auf die Mehrausgaben infolge Arbeitslosigkeit. Die Tatsache des Defizits kann nicht überraschen. Schon vor einiger Zeit schätzte das Institut für Konjunkturforschung die Mindereinnahmen auf 410 bis 430 Millionen Mark und die Mehrausgaben auf 225 Millionen Mark. Das war zu einer Zeit, als Deutschland vor den Wahlen stand und die Regierung in Schönfärberei machte.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass von den 410 bis 430 Millionen Mindereinnahmen nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung 60 bis 70 Millionen auf die Länderanteile entfallen, also nur 350 bis 360 Millionen auf das Reich, und vergleicht man damit die neue Schätzung der Reichsregierung von 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen für das Reich, dann bleibt doch noch eine Differenz bestehen, die angesichts der kurzen Zeitspanne von kaum einem Monat, die zwischen beiden Schätzungen verflossen ist, sehr erheblich ist.

Will man aber die ganze Schwere des Rückschlags in den Reichseinnahmen ermessen, dann genügt es nicht, die Mindereinnahmen gegenüber dem Voranschlag zu errechnen, sondern man muss ihnen die Mehreinnahmen hinzufügen, die dem Reich auf Grund der zahlreichen Steuererhöhungen der letzten Monate zufließen. Die Steuer- und Zollerhöhungen seit der Tabaksteuererhöhung vom Dezember vorigen Jahres sind, wenn man ihr Soll-Mehraufkommen im Rechnungsjahr 1930 gegenüber 1929 berücksichtigt, auf etwas über eine Milliarde zu veranschlagen. Dabei ist sowohl das Mehr an Industriebelastung unberücksichtigt geblieben, weil es sich dabei um eine rein haushaltstechnische Angelegenheit handelt, als auch das Mehr, das sich aus den zahlreichen Erhöhungen der Agrarzölle ergeben müsste, dessen Höhe aber schwer abzuschätzen ist.

Unter Berücksichtigung dieser Steuer- und Zollerhöhungen ergibt sich also für das Rechnungsjahr 1930 ein Einnahmeausfall von 1500 bis 1600 Millionen für das Reich. Um rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden hätte die Wirtschaft in diesem Rechnungsjahr dem Reich weniger gegeben, wenn die steuerliche Belastung relativ auf der früheren Höhe geblieben wäre. Und selbst die Steigerung der Belastung um mehr als 10 % (1 Milliarde von 9 325 Mill. für das Rechnungsjahr 1929 veranschlagter Einnahmen) vermochte den Ausfall noch nicht aus der Welt zu schaffen, sondern lässt noch 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen ungedeckt.

Wie lässt sich dieser ungeheure Rückgang der Steuereinnahmen erklären? Selbstverständlich spielt dabei die Wirtschaftskrise die ausschlaggebende Rolle. Zu den vielen unheilvollen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise gehört auch ihre Wirkung auf die Staatsfinanzen. Die kapitalistische Krise stürzt nicht bloss Millionen Arbeiter und Angestellte in das Elend der Arbeitslosigkeit, sie bringt auch die Finanzen des Staates in Gefahr.

Selbst wenn man mit einem fühlbaren Rückgang des Gesamtertrags der Wirtschaft, also mit einer Senkung des Volkseinkommens infolge der Krise rechnet, so erscheint ein Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs um 16 bis 17 % (1500 bis 1600 Millionen von 9300 Millionen) noch immer ungeheuer hoch. Ob es nicht vielleicht neben der Wirtschaftskrise als solcher noch weitere

Ursachen für den Einnahmenausfall gibt? Zwei Gründe sind es, die uns veranlassen, diese Frage zu stellen.

Erstens ist der Einnahmerückgang nicht bei allen Steuern gleichmässig. Wenn man für die ersten fünf Monate des Rechnungsjahres 1930 (April bis August) für die die Einnahmenübersicht vorliegt, alle Besitzsteuern einerseits und alle übrigen Steuern andererseits, soweit in beiden Gruppen bis dahin keine Steuererhöhungen wirksam wurden, zusammenstellt und mit den entsprechenden Steuern des Vorjahres vergleicht, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis: Der Ertrag der vergleichbaren Besitzsteuern ist in diesen fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr von 1373 auf 1238 Millionen zurückgegangen, also um rund 10 %, der Ertrag der vergleichbaren übrigen Steuern von 1599 auf 1488 Millionen, also um rund 7 %. Die Besitzsteuern sind also in ihrem Ertrag wesentlich stärker zurückgegangen als die übrigen Steuern, obwohl diese durch die Arbeitslosigkeit von 3 Millionen Menschen betroffen wurden.

Die zweite auffällige Tatsache ist die Höberschätzung des jetzt noch zu erwartenden Einnahmenausfalls von 350 bis 360 Millionen auf 450 bis 600 Millionen binnen eines Monats, obwohl sich in diesem Monat an der Wirtschaftslage nichts wesentliches verändert hat - ausser einer Tatsache: dem Ausgang der Reichstagswahlen und seinen wirtschaftlichen Ausstrahlungen. Und damit gelangen wir zu dem von uns gesuchten Ergebnis: Was nach dem 14. September eingetreten ist, ist ein beunruhigendes Anwachsen der Kapitalflucht, das offenbar die Regierung fürchten lässt, das Steueraufkommen werde sich noch ungünstiger gestalten, als das Institut für Konjunkturforschung angenommen hatte.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass der stärkere Einnahmenausfall bei den Besitzsteuern gegenüber den übrigen Steuern ebenfalls wenigstens zu einem grossen Teil auf die Kapitalflucht zurückzuführen ist. Irgendwelche Ziffern, die Anspruch auf Genauigkeit erheben, lassen sich dafür freilich nicht angeben. Denn es ist nicht nur die genaue Höhe der Kapitalflucht unbekannt, es lässt sich auch nicht angeben, welcher Teil des aus Deutschland geflohenen Kapitals von der Steuerpflichtigen der Steuerbehörde noch richtig angegeben wird und welcher Teil sich der Besteuerung in Deutschland vollständig entzieht. Es lassen sich auch darüber keine genauen Angaben machen, in welcher Höhe die Steuereinnahmen durch reine Steuerflucht betroffen werden, d. h. durch Vorgänge, bei denen das Kapital zwar in Deutschland bleibt aber durch Einbringung in ausländische Holdinggesellschaften oder durch Verschiebung von Gewinnen an ausländische Tochtergesellschaften usw. der Besteuerung entflieht. So viel kann aber mit gutem Gewissen gesagt werden. Die Kapital- und Steuerflucht, die sich vom Beginn des Jahres 1929 an gegenüber den vorhergehenden Jahren wesentlich gesteigert hat, macht sich bereits in den Besitzsteuereingängen bemerkbar, obwohl es bei den veranlagten Steuern immer längere Zeit braucht, bis solche Einflüsse im Steuerertrag fühlbar werden. Die bedrohliche Steigerung der Kapitalflucht in den letzten Monaten und Wochen wirft bereits ihre Schatten auf die Steuereingänge der nächsten Monate voraus, so dass sich die Regierung für diese letzten Monate des laufenden Rechnungsjahres zu weiteren Niedrigerschätzungen genötigt glaubt.

Ohne Zweifel ist der Finanz- und Wirtschaftsplan der Regierung Brüning von dem Gedanken diktiert, der Kapitalflucht entgegenzuwirken. Es handelt sich hier um psychologische Dinge, die sich schwer einer Schätzung entziehen. Gesagt werden muss aber folgendes: Wenn sich die Kapitalflucht von dem Augenblick gesteigert hat, in dem sich die ersten Wolken auf dem politischen Horizont zusammenballten und die politische Beunruhigung zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führte, und wenn die Reichstagswahl eine weitere Steigerung der Kapitalflucht gebracht hat, so lässt sich ein wirksames Mittel gegen die Kapitalflucht sehr leicht finden: die absolute Gewährleistung und Sicherheit des Funktionierens des demokratischen Systems. Ob es freilich ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist, die Verdammung der Kapitalflucht mit einem Finanzprogramm zu verbinden, das der arbeitenden Bevölkerung die schwersten Opfer zumutet um den Besitz zu entlasten, ist eine andere Frage, die sich jeder leicht beantworten kann.

SPD. Aus Bochum wird uns geschrieben: Die Finanzlage in den Städten des Ruhrgebiets nimmt infolge der steigenden Wohlfahrtslasten auf der einen und der sinkenden Steuererträge infolge der Wirtschaftskrise auf der anderen Seite einen immer bedrohlicheren Charakter an. Die jetzt wieder einsetzenden Beratungen der Stadtparlamente ergeben ein trübes Bild für die kommenden Monate.

So hat Dortmund nach den letzten Angaben des Finanzreferenten drei Millionen Mark einzusparen, um nur für die dringendsten Bedürfnisse Geld zu haben. Bei allen Steuern sind grosse Ausfälle zu verzeichnen, allein bei der Lohnsummensteuer über eine Million Mark. Dazu kommen noch zwei Millionen Mark Schulden aus anderen Sparten der Verwaltung. Die Wohlfahrtsbeträge reichten bei weitem nicht aus. Wenn der Zuwachs der Erwerbslosen in dem gleichen Masse anhalte wie in den Sommermonaten, so sei mit einem Mehrbedarf von 2 bis $2\frac{1}{2}$ Millionen für den Wohlfahrtsetat zu rechnen. Die Differenz gegenüber den Jahren besserer Wirtschaftslage beträgt bei den Einnahmen nicht weniger als 4 Millionen Mark und bei den Ausgaben 3 Millionen Mark, so dass für 7 Millionen ein Ausgleich gesucht werden müsse. Für Notstandsarbeiten sollen $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark unter Mithilfe des Reiches, der Reichsbahn und des Staates auf dem Anleihewege beschafft werden. Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhebung einer Bürgersteuer und die Erhöhung der Biersteuer wurde von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Noch schlimmere Verhältnisse als in Dortmund liegen in Hagen vor, das auch durch die Eingemeindung schwere Lasten zu übernehmen hatte. Dazu kommt, dass die Hagener Industrie besonders stark unter der Krise leidet. Die Stadt steht vor dem finanziellen Zusammenbruch. Hagen hat mit 85 Arbeitslosen auf Tausend Einwohner doppelt soviel Arbeitslosigkeit als die anderen Städte des Westens. Beim Preussischen Innenminister liegt ein dringlicher Antrag der Stadt Hagen vor, einen Zuschuss von $2\frac{1}{4}$ Millionen zu überweisen, wenn nicht die Stadt in wenigen Wochen entsprechend den Erlassen über die kommunale Finanzgebarung die Zahlungsunfähigkeit erklären muss. Auch ist die Regierung gebeten worden, einen Regierungskommissar zu entsenden, der die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Stadt prüfen soll. Um eine Drosselung der Ausgaben zu erzielen, sollen die Beamtgehälter und zwar Gehälter von 4000 bis 5000 um 1%, Gehälter von 12000 Mark um 9% und Gehälter von 20 000 Mark um 20% gekürzt werden. Die Kürzung will die Stadt als Wohlfahrtsbeitrag vorläufig bis zum nächsten Frühjahr erheben.

Auch die kleineren Städte wie Iserlohn ringen schwer um die Erhaltung ihrer Finanzkraft.

Die Stadt Essen vermindert die Strassenbeleuchtung um die Hälfte, die Strassenreinigung wird eingeschränkt, die Strassenbesprengung ganz fallengelassen. Die Bauämter haben sich lediglich auf die dringend notwendige Erhaltung der Substanz zu beschränken, ebenso die Gartenbauämter. Konzert und Theaterbetrieb werden unter schärfster Kontrolle gehalten; man rechnet mit einer Schliessung der Bühnen für den Winter überhaupt.

Ein Gradmesser, wie gross die Not in den Städten ist, ist die Tatsache, dass die Abwanderung solche Formen annimmt, dass die Einwohnerzahlen rückläufig sind, trotzdem in fast allen Städten des Gebietes ein grosser Geburtenüberschuss vorhanden ist. Düsseldorf hatte im Juli einen Wanderungsverlust von 661 Personen. Für Hagen lauten die Zahlen für April bis Juni 702 Personen, davon 641 alleinstehende. Die starke Abwanderung wäre noch mehr in Erscheinung getreten, wenn auch hier nicht ein ausserordentlich grosser Geburtenüberschuss vorhanden wäre.

Besser.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Okt.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse wurde bekannt, dass von den zur Oktoberlieferung abgeschlossenen Getreidemengen bereits ansehnliche Posten zur Andienung gelangt sind. Das gesamte Material speziell an Roggen wurde für lieferfähig erklärt. Demzufolge herrschte am Markte der Zeitgeschäfte bei Beginn der Börse ruhige Stimmung und die Notierungen zeigten nur unwesentliche Veränderungen. Erst im Verlaufe der Börse fanden grössere Deckungskäufe in Roggen statt, sodass die Schlussnotierungen stark anziehen konnten. Auf das Geschäft am Lokomarkt wirkte die derzeitige Kartoffelernte ein, die ein nur geringfügiges Angebot zur Folge hat. Es war allerdings auch keine grosse Kauflust vorhanden, immerhin konnte für die Umsätze eine leichte Preiserhöhung durchgesetzt werden. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Veränderung. Auch die Preise für Hafer blieben ziemlich unverändert. Nach guten Qualitäten zeigte sich ziemlich lebhaftere Nachfrage. Für in grösserem Umfange angebotene geringere Ware machte sich keinerlei Kaufinteresse bemerkbar.

	<u>30. Sept.</u>	<u>1. Okt.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 224	222 - 224
Roggen	149 - 150	149 - 150
Braugerste	198 - 220	197 - 220
Futter- und Industrierogerste	172 - 184	171 - 184
Hafer	147 - 158	147 - 158
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	26,50 - 34,75	26,50 - 34,75
Roggenmehl	22,25 - 26,00	22,40 - 26,00
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75
Roggenkleie	7,00 - 7,25	7,00 - 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 238-239, Dezember 251½ bis 250½, März 268. Roggen Oktober 161-163, Dezember 176-178¼, März 192 bis 193. Hafer Oktober 149, Dezember 161-160, März 175-174.

SPD. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Defizit für 1930 in Höhe von etwa 750 bis 900 Millionen Mark durch die Aufnahme einer Anleihe, eines sogenannten Ueberbrückungskredits, in Höhe von voraussichtlich 500 Millionen Mark, auszugleichen. Für die Anleihe spricht auch das Bestreben, der Reichsbank, die abermals 35 Millionen Mark Gold abgeben musste, neue Devisen zuzuführen. Hinsichtlich der Kassenmittel ist die Anleihe weniger dringlich. Der Finanzminister hat noch vor kurzem betont, dass die Deckung des Bedarfs für den Novemberultimo, eventuell auch für Jahresultimo, durchaus sichergestellt ist. Anleiheverhandlungen sind mit einem amerikanischen Konsortium aufgenommen worden. Als Verhandlungspartner wird insbesondere eine amerikanische Bank genannt, die mit dem Kreugerkonzern engste Fühlung hat.

Die Anleiheverhandlungen sind durch den Wahlausfall in Deutschland und die Putschpsychose erheblich gestört worden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 1. Oktober 1930

Glück auf Rädern.^x

SPD. Der Fahrradhändler Leonhardt hatte immer Glück. Seine Konkurrenten beneideten ihn; er verteilte keine Handzettel auf der Strasse, er inserierte nicht in der Zeitung, und - weiss der Himmel! - an einem Tage hatte er bereits den zweiten Kunden. Welcher Fahrradhändler hat heute solchen Umsatz? Und wie noch dazu der Kunde aussah, der soeben breitspurig in sein Geschäftslokal getreten war! Mit einem soliden Pelz bekleidet, Gamaschen über den Lackschuhen... Der konnte bezahlen, bar bezahlen! Neugierig guckte der Monteur Müller durch die Glasscheibe der Werkstatt, und Herr Heidenstamm im gegenüberliegenden Laden kniff taxierend ein Auge zu.

Mehrere Minuten weilte der Kunde in der Leonhardtschen Fahrradhandlung und liess sich Räder verschiedener Marken zeigen. Er wählte zum Schluss ein deutsches Fabrikat und prüfte es sachkundig. Herr Leonhardt, über sein breites, weingerötetes Gesicht glänzend, kam hinter dem Ladentisch hervor, ergriff das Rad bei der Lenkstange und führte es nach der Tür, um es bei hellem Tageslichte zu zeigen. Herr Müller hörte, wie der Herr gerade sagte: "Das Rad gefällt mir. Aber lassen Sie mich's zuvor ausprobieren!"

Herr Leonhardt warf auf den Monteur Müller einen triumphierenden Blick und nickte zufrieden. Der Fremde schwang sich auf das Rad und fuhr in der Strasse eine Schleife. Zweimal kehrte er vor den Laden zurück, und jedesmal lächelte Herr Leonhardt vergnügt. Als der Fremde die dritte Schleife fuhr, schien es, als hätte er die Macht über die Lenkstange verloren. Anstatt drüben an der Ecke, wo Herr Heidenstamm stand, umzubiegen, fuhr er geradeaus. Herr Leonhardt rief ihm etwas nach. Aber der Fahrende liess sich nicht stören und verschwand mit dem Rade hinter der zweiten Ecke. Jetzt gab es ein grosses Hallo! Der betrogene Fahrradhändler schrie nach der Polizei. Eine grosse Menschenmenge sammelte sich. Auch mehrere Konkurrenten hatten sich eingefunden. Sie hielten sich den Bauch vor Lachen. "Ein Dieb! Ein Betrüger!" schrie Herr Leonhardt. "Lieber Mann", sagte da eine Stimme neben ihm, "regen Sie sich nicht auf: er kommt gleich wieder zurück. Er wohnt in der Königstrasse 53."

"Sie kennen ihn?" rief der Fahrradhändler aufgeregt.

"Ja, freilich kenne ich ihn. Es ist der Freund meines Onkels."

"Dann rufen Sie ihn doch zurück!"

"Gern. Geben Sie mir ein Rad!"

Das Rad wurde gebracht. Der junge Mann schwang sich hinauf. Ehrfürchtig wich die Menge zurück.

Nach einer halben - nach einer ganzen Stunde war noch immer nichts von dem Verfolgten und seinem Verfolger zu sehen. Man hatte es mit einem abgekarteten Spiel zweier Gauner zu tun gehabt!

+ + +

Ein anderer Fahrradhändler, der in einer ganz anderen Stadtgegend wohnte, hörte noch am gleichen Tage von diesem Vorfall, ballte die Fäuste und schlug sich dreimal an den Kopf. Wie konnte ein Mensch mit kaufmännischer Erfahrung so vernagelt sein wie dieser Kollege Leonhardt, der zu dem einen Rade noch ein zweites riskierte! Wenn er, der schlaue Fahrradhändler, an seiner Stelle gewesen wäre, er hätte erst einmal den Laden abgeschlossen und wäre dann selbst dem Diebe nachgeradelt. Und verhauen hätte er ihn, ja verhauen, dass ihm ein für all

Male die Lust am Stehlen vergangen wäre!

Dieser Mann, der so philosophierte, hiess Suchantke und war ein baumlanger Kerl. Es war kein Vergnügen, mit ihm anzubändeln, und Fahrraddiebe hatten bei ihm keine Chance.

Es war um die Mittagszeit. Suchantke befand sich in dem kleinen Privatraum, der hinter seinem Laden liegt. Das Privatzimmer ist von dem Verkaufsraum nur durch einen Vorhang über der schmalen Durchgangstür getrennt. Da hörte er die Ladentür gehen, und die Glocke, die mit ihr in automatischer Verbindung steht, schlug an.

Sofort schob Herr Suchantke den Vorhang zurück und trat mit seiner mächtigen Gestalt ein. In diesem Augenblick sah er auch schon, wie ein junger, kräftiger Mensch eins der Räder aus dem Ständer riss und zur Tür eilte. Suchantke tat einen Satz und packte das Rad. Der Fremde schlug ihm das Rad gegen die Brust, dass er zurücktaumelte. Ehe er sich von diesem Anprall erholen konnte, sah er, wie der Dieb sich draussen aufs Rad schwang und davonradelte. Schnell ergriff Herr Suchantke einen Renner, schloss die Ladentür von aussen zu und jagte dem Davoneilenden nach. Durch mehrere Strassen ging die Jagd. An der Ecke des Promenadenweges hatte er den Dieb fast eingeholt. Der verdoppelte seine Anstrengungen und gewann wieder einen Vorsprung. An der Kreuzung einer breiten Strasse war er dem Verfolgten abermals dicht auf den Fersen. Da ereignete sich etwas Unerwartetes. Durch irgend ein Hindernis glitt das Rad des Räubers aus, legte sich bedrohlich nach einer Seite und stürzte auf den Fahrdamm. In der nächsten Sekunde war Herr Suchantke neben ihm. Er fackelte nicht lange, sondern ergriff den Dieb beim Genick und verprügelte ihn nach Strich und Faden, bevor noch der Verunglückte eine Hand zur Abwehr erheben konnte. Das Gesicht des Täters war vom Strassenstaub schmutzig; ein grosser Kreis Neugieriger sammelte sich um die beiden Männer; Herr Suchantke kniete auf der Brust des Gauners und schlug unbarmherzig auf ihn ein. Das war eine gerechte Vergeltung!

Erst nach mehreren Minuten, nachdem er seine sittliche Empörung dargestellt ausgetobt hatte, liess er sein Opfer los und stand auf. Es war gerade der rechte Augenblick, um noch sehen zu können, wie zwei Gestalten, die er bisher zu beobachten keine Zeit gehabt hatte, mit den beiden liegen gebliebenen Rädern in eleganter Schleife um die Ecke verschwanden!

So war auch der schlaue Suchantke an diesem Tage um zwei seiner Räder ärmer geworden. Aber er hatte es wenigstens einem dieser Schurken gezeigt! Herr Suchantke hat doch mehr Glück als Herr Leonhardt.....

Walter Meckauer.

Hundert Jahre Berliner Museen.^x

SPD. Die Berliner Staatlichen Museen begehen in diesen Tagen die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Vor hundert Jahren wurde der Schinkel'sche Säulenhau am Lustgarten, in dem heute die Skulpturen des griechisch-römischen Altertums untergebracht sind, als erstes preussisches staatliches Museum eröffnet. Es enthielt damals den gesamten Besitz des preussischen Staates an Kunstschätzen aller Zeiten und Länder. Mit dem Wachsen dieses Besitzes hat sich ein Monumentalbau an den anderen gefügt und so allmählich die Insel zwischen den beiden Spreearmen zu einem in seiner Art einzig dastehenden Kunstform werden lassen. An das Alte Museum fügte sich 1855 das Neue Museum mit seiner ägyptischen Sammlung und dem Kupferstichkabinett. Es kam 1875 die Nationalgalerie mit der Kunst des 19. Jahrhunderts, 1904 das Kaiser Friedrich-Museum, das heute die wunderbaren Schätze der grossen Meister der italienischen Renaissance und des vlämischen und holländischen Barock enthält. In diesen Tagen wird nun der grossartige Neubaukomplex, der sich zwischen Kaiser Friedrich-Museum einerseits

und Neuem Museum und Nationalgalerie andererseits erhebt, der Oeffentlichkeit übergeben. In mehr als zwanzigjähriger Arbeit wurde dieser Bautenkomplex nach Plänen Alfred Messels aufgeführt. Nach seinem Tode hatte Ludwig Hoffmann die Bauleitung inne. Messel hat ebenso wie der geistige Urheber des ganzen Planes, der bekannte Kunstforscher und ehemalige Generaldirektor der Staatlichen Museen, Wilhelm von Bode, die Vollendung seines Werkes nicht mehr erleben können.

Um einen grossen, nach der Spreeeseite geöffneten Ehrenhof, dessen Zugang vom Kupfergraben durch eine über den westlichen Spreearm führende Brücke noch der Ausführung harret, erheben sich 3 Flügel, in deren mittlerem sich das Pergamon-Museum befindet, an das sich rechts das Vorderasiatische Museum, links das Deutsche Museum anschliessen.

Das Pergamon-Museum enthält in einem mächtigen Saal den grossen Altar von der Burg in Pergamon, der Hauptstadt des kleinasiatischen Diadochenreiches der Attaliden, ein späthellenistisches Werk aus dem 2. vorchristlichen Jahrhundert, das in gewaltigen Reliefdarstellungen den grossen Gigantenfries, den Kampf zwischen antiken Göttern und Riesen, zeigt. Die Schätze sind von deutschen Archäologen unter Leitung von Carl Humann und Alexander Conze schon in den Jahren 1873 bis 1884 ausgegraben worden, aber erst jetzt haben diese einzigartigen Kunstwerke, wohl die bedeutendsten des Hellenismus, die die Bewunderung der ganzen Welt hervorgerufen haben, ihre endgültige Aufstellung finden können. Nicht minder bewunderungswürdig sind die grossen Architekturteile und Fassaden, die sich in den seitlichen Sälen befinden, unter denen das ebenfalls hellenistische Markttor von Milet besonders beachtenswert ist. Dieses bildet gleichzeitig den Eingang zum Vorderasiatischen Museum, dessen mächtige Architekturfassaden von der ungeheuren Ausdrucksgewalt und der hohen Stufe dieser alten Kulturen von Babylon und Assyrien Zeugnis ablegen. Hier befindet sich der Palas Nebukadnezars in Babylon aus dem 6. vorchristlichen Jahrhundert mit seinen bunten Keramikfriesen reliefierter Löwen, die sich jenseits des Palasttores in der grossen Prozessionsstrasse fortsetzen, von deren 300 Metern Länge ein nicht unerheblicher Ausschnitt aufgestellt ist. Die grossartige Fassade eines parthischen Palstes aus Assur um 200 n. Chr. zeigt die Durchdringung asiatischer Formenwelt mit hellenistischen Stilelementen. Diese vorderasiatischen Kunstdenkmäler entstammen den deutschen Ausgrabungen, die 1899 bis 1917 unter Leitung von Robert Koldewey erfolgt sind.

Das Deutsche Museum enthält in seinem Hauptgeschoss die cisalpine Kunst des frühen und hohen Mittelalters. In einem langgestreckten Saale sind Bildwerke der Völkerwanderungszeit, der romantischen und gotischen Kunstepochen aufgestellt. Monumentalplastik wechselt mit wertvollen Elfenbeinarbeiten und kleinen Bronzen, die in Vitrinen in gesonderten Fensterkojen untergebracht sind. Besonders bemerkenswert ist die eingebaute Empore aus Gröningen, der romanischen Zeit angehörig. Es folgen aus gotischer Zeit zahlreiche Holz- und Steinskulpturen aus allen Teilen Deutschlands. Auch einige bedeutende Werke der französischen Gotik sind darunter. Den Raum beherrscht der grosse Flügelaltar aus Minden, der dem 13. und 15. Jahrhundert entstammt. Beachtenswert sind ferner die Propheten aus Trier und zahlreiche Einzelwerke. Das Hauptgeschoss enthält noch eine Sammlung von Gipsabgüssen von Hauptwerken deutscher mittelalterlicher Plastik, wie der Bronzetüren in Hildesheim, des Braunschweiger Löwen, der berühmte Naumburger Stifterfiguren, des Bamberger Reiters, der Strassburger Münsterfiguren und des Sebaldusgrabmals in Nürnberg.

Das Obergeschoss enthält die deutsche Plastik und Malerei der Spätgotik, Renaissance und des Barock bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Werke der Malerei sind hier mit Werken der Plastik in gemeinsamen Räumen nach landschaftlichen und zeitlichen Prinzipien zusammengestellt. Es sind Säle und Kabinette der oberrheinischen, der niederrheinischen, der schwäbischen und der mitteldeutschen Kunst zusammengestellt, Werke von Conrad Witz und Multscher, von Cranach, Hiemenschneider, Leinberger und vielen anderen. Ein grosser Barocksaal mit einem Altar von Egell aus Mannheim, mit Skulpturen von Günther und Malerei von

Pesne, an den sich noch ein kleines Rokokokabinett mit Porzellan des 18. Jahrhunderts anschliesst, beendet die Flucht der Räume. In einer besonderen Galerie befinden sich die Hauptwerke der Malerei von Albrecht Dürer, Hans Holbein und Albrecht Altdorfer, an die sich die mit der altdeutschen Kunst in engem stilistischem Zusammenhang stehende altniederländische Malerei des Jan van Eyck, Rogier van der Weyden, Hans Memling, Pieter Breughel und Quentin Massys anschliesst.

Die Werke des Deutschen Museums waren bisher auf das Kaiser Friedrich-Museum verteilt, wo sie durch die gedrängte Fülle kaum noch zur Wirkung kommen konnten. Die neue Aufstellung in den schönen, lichten Sälen kommt jedem einzelnen Kunstwerk zugute und bringt auch den im Kaiser Friedrich-Museum zurückgebliebenen Werken, die durch den neu gewonnenen Platz sehr viel vorteilhafter aufgestellt werden konnten, einen reichen Gewinn. Das tritt besonders gut in den neuen Kabinetten mit den Werken Rembrandts in Erscheinung, die durch die neue Aufstellung sehr gewonnen haben.

In Jahrzehntelanger mühseliger Arbeit haben hier Architekten und Handwerker, Kunsthistoriker und Archäologen zusammengewirkt. Die nach den Plänen des verstorbenen Generaldirektors Wilhelm von Bode unter Leitung des gegenwärtigen Generaldirektors Wilhelm Watzoldt durchgeführte Aufstellung der Kunstwerke besorgten Theodor Wiegand und von Massow für die antike, Professor Andrae für die vorderasiatische, Direktor Demmler und Geheimrat Friedländer für die deutsche Kunst. Die preussische Staatsregierung und die preussische Kunstverwaltung haben unter unsagbaren materiellen Schwierigkeiten in einer Zeit grösster wirtschaftlicher Sorgen das Werk zu Ende geführt, das einst unter sehr viel günstigeren Verhältnissen begonnen worden war. Der ideelle Gewinn und die Grösse der Leistung rechtfertigen die damit verbundenen Lasten und Opfer, die Berlin zu einem Kunstzentrum ersten Ranges haben werden lassen, das sich gleichwertig neben London, Paris und Rom sehen lassen kann. Mit der Jahrhundertfeier in der Aula der Universität, einer Festaufführung in der Staatsoper und der feierlichen Eröffnung im Pergamonsaal wurden am 1. und 2. Oktober die neuen Sammlungen der Öffentlichkeit übergeben.

Dr. Wolfgang Medding.

Der Kurdendolch.^x

SPD. Wenn man in Konstantinopel von der neuen Brücke aus, die Stambul mit Galata verbindet, an der Walide-Moschee vorbei durch die engen Gassen bergauf geht, kommt man an die Eingänge des grossen Bazars. Schon in den Zugangsstrassen reiht sich Laden an Laden. Die Verkäufer schreien in ohrenbetäubendem Wettbewerb auf den Besucher ein. Sie hielten mich sogar am Arme fest und wollten mich unbedingt in eine Bude schleifen. Vielleicht wäre ihnen das auch gelungen, wenn nicht Agy Bey, unser Führer, der hinter uns gegangen war, mit einem kräftigen türkischen Donnerwetter dazwischen gefahren wäre.

Am Nachmittage hatten wir uns den Serail angesehen, den riesigen Sultanspalast, der heute zur Besichtigung freigegeben ist. Sogar in den Harem hatte man uns gehen lassen. Wenn wir uns auch etwas anderes darunter vorgestellt hätten, so war es doch nach all dem, was wir in Europa davon gehört hatten, eine Sensation. In Wirklichkeit sahen wir nämlich nichts weiter als die teilweise sehr bescheidenen Zimmer der vielen Frauen des ehemaligen Sultans. Erstaunlich ist auch hier wie in allen anderen Teilen des Palastes die grosse Einfachheit. Es gibt keine europäische Verzierung und Ueberladenheit. Hell, zweckmässig und geräumig ist die Einrichtung der Zimmer, und desto absurder müssen die dicken Eisenstäbe an den Fenstern wirken. Trotzdem fühlt man sich hier nicht in einem Alttertumskabinett, wie in den deutschen oder französischen

Schlössern, sondern würde, falls man uns dazu aufforderte, sofort einwilligen, in diese herrlichen Räume einzuziehen. Bunte Fayencen beleben die Wände mit ihren formenreichen Figuren; dicke Teppiche in ihren einfachen und doch schönen Farben und Mustern bedecken den Boden, und breite, niedrige Ruhepolster umgeben den ganzen Raum. Es fehlt nur noch die schöne Türkin in ihren orientalischen Gewändern, um das Traumbild aus tausend und einer Nacht vollständig zu machen. Aber die jungen Türkinnen sind froh, nicht mehr in dem vom Manne behüteten Gefängnis schmachten zu müssen, sondern sich ohne Schleier frei auf der Strasse bewegen zu dürfen.

Stattdessen erscheint jetzt eine amerikanische Reisegesellschaft. Allen voraus eine alte Miss, ihr Lognon ans Auge haltend. Die Gesellschaft bricht in Verwunderungsrufe aus, ohne überhaupt die wahre Schönheit, den Blick aufs Meer und den südlichen Garten, zu beachten. Wütend zerzt uns der alte Aga hinaus, ein wirklich gebildeter Türke, der früher Major, dann Derwisch war und nun von Kunstsammlungen und gelegentlichen Fremdenführungen lebt.

Doch ich wollte ja erzählen, wie eben diese Amerikanerinnen sich im Bazar einen "echten" Kurdendolch kauften.

Wir gehen also am Nachmittag weiter in die dunklen Gewölbe des Bazars, um ein paar kleine Andenken zu erstehen, bevor wir in die wilden Berge nach Kleinasien fahren. Wir haben unsern Dragoman, wie hier der Führer heisst, mitgenommen, um uns von unserm spärlichen Gelde nicht allzu viel abschwindeln zu lassen. Denn das Doppelte des richtigen Preises verlangt zuerst jeder Händler vom Fremden. Und wie sollten wir uns verständlich machen, da wir doch kein Wort türkisch sprechen können! Ausserdem konnten wir uns darauf verlassen, das unser Aga Bey nicht von den Verkäufern bestochen war, wie so viele andre Fremdenführer, die von den gemachten Einkäufen Prozente erhalten.

Der Bazar ist wie ein modernes Warenhaus ganz genau nach den verschiedenen Artikeln eingeteilt. In der einen Ecke gibt es nur Schuhe, in der anderen Hüte oder Stoffe usw. Hier sieht man noch viele Frauen aus der Provinz beim Einkaufen, die in weite bunte oder schwarze Tücher gehüllt sind und sofort ihr Gesicht verdecken oder den Schleier herunterlassen, wenn sie uns sehen. Aber neugierig sind sie doch. Wir konnten beobachten, dass sie sich jedesmal nach uns umdrehten, sobald wir vorbeigegangen waren. Diese Gelegenheit nützten wir natürlich aus und drehten uns genau so blitzschnell um, worauf sich sofort der Arm der Frauen hob und nur noch ein schwarzes, zusammengekauertes Bündel zu sehen war.

Anders wurde es in den Ecken, wo die Antiquitäten und Andenken verkauft wurden. Hier waren die meisten Käufer Fremde. Sobald man uns als Deutsche erkannt hatte, redete man auf uns ein: "Kaufen schöne Andenke, ja? Sehr billig; kommen Sie!"

Erst wenn Aga Bey in voller Würde hinter uns auftauchte, verschwanden die aufdringlichen Gesellen. Vorher hatte Aga uns schon geraten, unsere Taschen gut zu schliessen, denn draussen waren bereits einem von uns 10 türkische Pfund gestohlen worden.

Durch all das Gewirr und das Labyrinth der kreuz und quer gehenden Gassen, aus denen wir allein nie wieder herausgefunden hätten, führt uns Aga an einen vollkommen finsternen Platz. Auf den Ständen liegen alte Decken, Gewehre, Schmucksachen, Koranbücher und moderner, billiger Tand, alles durcheinander. Dahinter schauen alte, bebrillte Männer hervor, die unsren sonderbaren Zug - elf junge Deutsche in kurzen Hosen, hinter einem alten Türken her rennend - neugierig und erstaunt betrachten. Einen von ihnen spricht unser Aga an und verlangt eine Auswahl Decken, da einige von uns sich solche Sachen mitnehmen wollen. Sofort rennen auch alle anderen, von den umliegenden Ständen herbei und wollen uns ihr Zeug aufschwätzen. Aber wir haben schon mit einem Händler genug zu kämpfen. Wie wütend schreien die Beiden, unser Führer und der Händler, aufeinander ein. Mehrmals werden die Kaufgegenstände wieder auf den Tisch geworfen, und wir wenden

uns dem Nachbarstande zu, bis Aga Bey schliesslich die Decken einfach in die Hand nimmt und dem keifenden Armenier den Preis zahlt, den er für angemessen hält. Unter lebhaften Beteuerungen, dass er daran einen Verlust habe, nimmt der Verkäufer das Geld an. Jeder Piaster mehr wäre wahrscheinlich zu viel gewesen.

Als wir gerade stolz mit unsrer Beute abmarschieren wollen, biegt die amerikanische Reise-gesellschaft vom Vormittag um die Ecke. "Wir möchten gern ein echtes und wirklich originelles Andenken kaufen", sagt die lange Miss zu unserm Führer, "Können Sie uns nicht behilflich sein? Sie verstehen doch diese Sachen. Am liebsten hätten wir alte Waffen".

"Gut", antwortet Aga Bey und wendet sich auf deutsch zu uns: "Ich werde der Alten schon einen noch blutigen Dolch zu einem gepfefferten Preise aufhängen." Und er verschwindet, sofort wieder gut Freund, mit dem Alten in die hinteren Kammern des Ladens. Nach kurzer Zeit erscheinen sie mit einem Päckchen kurzer und langer Messer, versilberter und vernickelter, graviertes und eingelegeter, wieder am Tageslicht. Sofort stürzen sich die Amerikaner beiderlei Geschlechts darüber her. Da schwenkt Aga in seiner Hand ein besonders grosses und altertümliches Exemplar und ruft: "Sehen Sie, das ist ein Messer, das gestern einem gefangenen Kurden abgenommen wurde. Es klebt jetzt noch das Blut des Getöteten daran". Und er hält die Schneide vor die Augen der staunenden Bewunderer. Der tapferste unter ihnen ersteht die fürchterliche Waffe zum Preise von 15 Dollar und wird damit sicher zum Heros seiner kleinen Prairiestadt. Die Alte begnügt sich doch noch mit einem kunstvoll eingelegeten "Adiermesserchen, allerdings zum vier- oder fünffachen Preise, denn es stammt natürlich für sie aus dem Nachlass einer ehemaligen Haremsdame. Ihr Ruhm unter den Jungfrauen von Madison City wird nicht viel geringer sein als der des stolzen Kurden-dolchbesitzers.

Unter langem Dank- und "Very nice"-Gestammel zog schliesslich die ganze Gesellschaft ab. Vielleicht war es das romantischste Erlebnis ihrer fünfmonatigen Cook-Rundfahrt durch Europa.

Wie aber lachten wir, als uns Aga Bey erzählte, dass sie das Messer im Hinterzimmer mit Wasserfarbe etwas rot überstrichen hatten - rostig war es schon vorher vom langen Liegen gewesen - und er sich schnell die Legende von dem Kurden dazu ausgedacht hatte.

Man sollte wahrhaftig alle Orientalen als Gauner und Schwindler betrachten
Karl Moeller.

Das Lied vom Onkel Max.

SPD. Alle Tage nehmen sich in Deutschland Dutzende von Menschen das Leben, weil sie keine Arbeit haben. Alle Tage empfinden Millionen von Menschen den Zwang zum Feiern als einen furchtbaren, deprimierenden, nervenzerreissenden Schicksalsschlag. Die Arbeitslosigkeit ist die Erzgeissel, das Grundübel unsrer Zeit. Man schämt sich schon fast, diese Tatsache in Worte zu fassen, denn man sagt allzu wenig Neues damit.

Aber das Unheimliche, nicht für möglich zu haltende ist Wirklichkeit: Es gibt Leute, denen das Leid der Arbeitslosen ein Objekt der Bewitzelung ist. Ein Schlager wird präsentiert, der das Leben des Stempelbruders als ein sonnenbeschiedenes Renntieridyll hinstellt, das lediglich hin und wieder durch die Mühewaltung unterbrochen wird, eine Quittung ausstellen zu müssen. Die Refrainzeilen dieses Schlagers lauten folgendermassen:

Der Onkel Max ist arbeitslos, ha ha ha ha!
Drum ist bei ihm der Dalles gross, ha ha ha ha!
Wenn er muss zum Stempeln gehn,
Sagt er froh: Auf Wiedersehn!

In dem Lokal Zum Blauen Affen

Lasst uns fidel das Geld verpaffen! Juchhe!"

Man pflegt Schlagertexten nachzusagen, dass sie blöd und idiotisch seien und allen Geistes ermangelten. Blöd und idiotisch ist gewiss auch dieses Lied: aber ein gewisser Geist ist ihm doch nicht abzusprechen: der Geist vom Geiste der deutschen Sozialreaktion!

Drago.

SPD. Ein neuer Vormenschen=Fund.^x Kürzlich wurde in den Springbock=Flats (Springbock=Ebenen) im nördlichen Transvaal in Südafrika ein neuer Fund aus der Vorgeschichte der Menschheit gemacht. In der Nähe von Knochenresten eines riesigen, heute in Afrika ausgestorbenen Büffels wurden verschiedene zertrümmerte menschliche Schädel= und Skelett=Teile gefunden. Bei der Zusammensetzung der Bruchstücke des vorgeschichtlichen Menschenschädels fand man, dass es sich um den Schädel eines erwachsenen Mannes mit verhältnismässig hoher Stirn, normalen Augenbrauenwülsten und schon deutlich entwickeltem Kinn handelt. Danach muss man diesen nach der Fundgegend benannten "Springbock=Menschen" schon zu den voll entwickelten Menschen zählen. Man glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, dass er kein Angehöriger der Negerrasse war, sondern zu jenen hamitischen Rassen gehörte, die in der Nacheiszeit von Nordafrika nach Süden wanderten. Es ist wahrscheinlich, dass solche hamitischen Völker (zu denen u. a. auch die nordafrikanischen Berber gehören) damals über die eigentlichen Neger geherrscht haben. Durch diesen Fund wird auch die Auffassung unterstützt, dass man die in der letzten Zeit häufig gefundenen vorgeschichtlichen Kunstdenkmäler Südafrikas, wie Höhlenbilder, Felszeichnungen, Skulpturen usw., als Kulturreste hamitischer Rassen und nicht als Schöpfungen der Buschmänner zu betrachten hat.

SPD. Die Reichweite des Schalls.^x Verschiedene Versuche über die Reichweite des Schalls haben zu ausserordentlich überraschenden Ergebnissen geführt. Die Versuche wurden von einem Freiballon aus gemacht, da bei Flugzeugen das Motor= und Propellergeräusch jeden von aussen kommenden Schall übertönt. Bei diesen Experimenten konnte man feststellen, dass das Rufen eines Menschen noch in einer Höhe von 500 m zu hören war. Das Quaken von Fröschen erschallte bis zu 900 m hinauf. In einer Höhe von 1400 m war noch Militärmusik vernehmbar, in 1500 m Höhe der Klang von Kirchenglocken. Der Knall eines Gewehrschusses reichte bis auf 1800 m hinauf. Alles wurde aber von der Eisenbahn übertroffen. Noch in 2500 m Höhe hörte man das Geräusch eines dahinfahrenden Zuges und vernahm sogar auf 3050 m Höhe noch deutlich das Pfeifen der Lokomotive. Die Reichweite des Schalles hängt selbstverständlich auch von den Luftströmungen ab, und man darf wohl annehmen, dass die angeführten Ergebnisse bei aufsteigender Luft, also bei günstigen Luftverhältnissen, erzielt worden sind.

SPD. Zarte Umschreibung.^x "Na, Franz, du siehst ja glänzend aus. Wovon lebst du denn?"

"Ich lebe von den Pferden."

"Von den Pferden? - Ah, du lebst von den Rennwetten?"

"Nein, von der Apfelernte."
